

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
 Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis: vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
 Eingetragen in die Postzeitungsliste

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Fr. Krieg, Vorpagen-Berlin
 Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schilderstraße 6
 Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis:
 die sechsgehaltene Kolonetzelle 40 Pfennig, für Mitglieder 30 Pfennig
 Schluß für Inserate: Montag früh 8 Uhr.

Willkommen in Mannheim.

Es ist zweifelsohne für die Kollegenschaft von Mannheim-Ludwigshafen eine Ehre, nach der Vereinigung der früheren Brauerei- und Mühlenarbeiterverbände den ersten Verbandstag begrüßen zu dürfen, und sie werden versuchen, ihr Teil dazu beizutragen, um der Tagung den Verlauf zu garantieren, der immer Sinnlichkeit im Willen und feste Entschlossenheit im Handeln im Gefolge hat.

Die Delegierten finden in Mannheim, wie wir in unserem zweiten, dem Verbandstage gewidmeten Artikel nachweisen, mancherlei Eigenarten. Sie finden aber auch eine Arbeiterbewegung vor, die zurückgeht in ihrer Entstehung auf die ersten Gründungsjahre der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Schon in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts zeigten sich die ersten Ansätze einer Zusammenfassung der in der Arbeiterschaft brach liegenden Kräfte. Eine Filiale des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins wurde im Jahre 1867 gegründet. Gegen den Kasseler Schärer kandidierte bei der Reichstagswahl 1874 der Genosse **W e b e l** für die Eisenacher. Für die ersten wirkte hier der Genosse **D r e e s b a c h**; der Führer der Eisenacher war der allzeit lebhafteste **E h r h a r d t**. Als diese beiden Männer hier anfangen zu wirken, da gingen große Massen der Arbeiter noch im Schlepptau der Fortschritt- (Freisinnigen) Partei. Diese für die proletarische Klassenbewegung zu gewinnen, war nicht leicht. Nach dem Einigungskongress in Gotha (1875) aber entwickelten sich die Arbeiterfachvereine. Wohl blieben die Zünfte der Lebensmittelarbeiter noch unberührt von dem Geiste der neuen Zeit, in den Reihen der Tabakarbeiter jedoch, in jenen der Schlosser und Maschinenbauer fanden sich die nötigen Kräfte zur Förderung der Arbeiterbewegung. Anfang der 80er Jahre entstanden nacheinander, trotz des Sozialistengesetzes, eine ganze Anzahl Fachvereine sowie zur Unterstützung der Arbeiterfamilien in Krankheitsfällen der **M e d i z i n a l v e r b a n d**, der heute mit 4500 Mitgliedern und über 13 000 Versicherten noch existiert. Diese Vereinigung erfreute sich während des Sozialistengesetzes ebenso großer Aufmerksamkeit seitens der Polizei, wie die sozialdemokratische Parteibewegung und die gewerkschaftlichen Fachvereine. Der Metallarbeiterfachverein z. B., der im Jahre 1883 gegründet wurde, mußte schon um deswillen schwer leiden unter dem Druck der Polizei, als aus ihm die Vorstandsmitglieder hervorgingen für die 1884 in Gera gegründete „Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands“ mit dem **S i k M a n n h e i m**. Bis zum August 1886 existierte der Zentralverein; er wurde verboten und die Vorstandsmitglieder wegen Vergehen gegen das „Gesetz zur Bekämpfung der gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt. Wir wollen die Geschichte dieser Kampfsjahre hier nicht aufrollen, obwohl sie interessant genug wäre, das schon deshalb, weil hier neben **W e b e l**, **G r i l l e n b e r g e r** und anderen eine ganze Reihe in der Arbeiterbewegung sehr bekannter Genossen mit der Polizei und dem Staatsanwalt sich herumzubalgen genötigt wurden. So viel aber muß zu Ehren dieser Kämpfer gesagt werden: Wenn heute die Polizei und Staatsgewalt in Baden gegenüber der organisierten Arbeiterschaft eine angemessene Reife beobachtet, so ist das neben anderem in den allgemeinen politischen Verhältnissen des Landes beruhenden Umständen zweifelsohne auch auf die während des Sozialistengesetzes seitens der Behörden gemachten Erfahrungen zurückzuführen. Diesen wurde in jener Zeit bewiesen, daß sich die Arbeiterbewegung nicht mit brutaler Polizeifaust niederschlagen läßt.

Die Bewegung der Brauereiarbeiter in Mannheim-Ludwigshafen kann demnach auf eine zwanzigjährige Existenz zurückblicken. Im Oktober 1892 löste sich der Lokalverein der Brauer in Mannheim auf und trat mit 70 Mitgliedern in die neu gegründete Zahlstelle des Zentralverbandes über. Im Sommer des Jahres 1895 trennten sich die in

Ludwigshafen beschäftigten Kollegen von der Mannheimer Filiale, um sich in der für Ludwigshafen gegründeten Zahlstelle zu vereinen. Die beiden Zahlstellen, rechts und links des Rheins, existierten bis zur Verschmelzung mit der Zahlstelle der Mühlenarbeiter vor nahezu zwei Jahren. Heute bilden Mannheim, Ludwigshafen, Schwellingen und andere in der Nähe gelegene Orte das Rekrutierungsgebiet für die vereinte Zahlstelle Mannheim-Ludwigshafen.

Die Vergangenheit der Brauereiarbeiterbewegung ist eine recht bewegte. Mit etwa 120 organisierten Kollegen wurde bereits im Jahre 1893 Front gegen die Brauereien gemacht. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse waren zu jener Zeit einfach miserabel. Morgens, wenn es noch Nacht war, ging es zum Frondeinst und abends in der Nacht wieder heimwärts; von einem freien Sonntag oder Feiertag wußte man nichts. Die Behandlung der Arbeiter durch die Vorgesetzten war gleichfalls miserabel. Der erste Vorstoß brachte verschiedene Verbesserungen für die Brauer, Hilfsarbeiter und Bierfahrer standen damals der Organisation noch fern. Aber schon 1895 konnten auch für diese einige wesentliche Verbesserungen erzielt werden. Das fiel den Brauereibesitzern auf die Nerven; sie versuchten Zug um Zug ihre früheren Zugeständnisse rückgängig zu machen, so daß dieserhalb bereits im Jahre 1896 der Kampf von neuem ausbrach. Es kam zwar nicht, wie 1893 in der Eichbaumbrauerei, zum Ausstand, aber die Brauereien mußten wesentliche Zugeständnisse machen, um den offenen Krieg zu vermeiden. Die Arbeitszeit wurde um eine Stunde gekürzt, sie dauerte nun von 6 bis 6 Uhr. Die Löhne wurden auf 104 Mk. für Brauer und auf 85 Mk. resp. 70 Mk. für Bierfahrer und Hilfsarbeiter festgesetzt. Neben anderen Zugeständnissen gab es jetzt auch für die „Dujour“ am Sonntag 3 Mk.

In den nun folgenden Jahren setzte die Agitation in Edingen und Schwellingen ein. Sie gestaltete sich für die Organisation wie für die Kollegen erfolgreich. Erfolgreich war auch ein Streik in der Badischen Brauerei, Mannheim, im Jahre 1898. Doch der im Verlaufe der Bewegung im selben Jahre folgende Streik in den Mannheimer Brauereien, „Durlacher Hof“, und „Löwenfeller“, ging verloren. Die Brauereien bekamen genügend Streikbrecher, die dann später einen Bundesverein gründeten, der aber kein sehr langes Leben hatte. Kein einziger Mann von den Ausständigen kam mehr zurück in einen der Betriebe. Die Zahlstelle ging zurück. Von 250 Organisierten hielten nur etwa 50 treu zur Fahne. Es dauerte Jahre, ehe die Organisation den Rückschlag überwand. Im Jahre 1904 betrug die Zahl der organisierten Brauereiarbeiter wieder 120, um im folgenden Jahre auf 200 anzuwachsen. Auf eine jetzt eingereichte Forderung auf Abschluß eines Tarifvertrages kam keine Antwort. Wohl aber Anschläge an den schwarzen Tafeln, daß die Löhne alljährlich um ein geringes steigen sollten. Eine derartige Behandlung ließen sich jetzt die Brauereiarbeiter nicht mehr gefallen. Die Brauereibesitzer mußten mit der Lohnkommission verhandeln und als es auch dabei zu keinem Resultat kam, da legten sich die Partei und die Gewerkschaftszentrale ins Mittel mit dem Erfolg, daß nunmehr ein Tarifvertrag für die Ringbrauereien von Mannheim und Ludwigshafen zustande kam. Die Organisation wurde als Vertragskontrahentin anerkannt und damit war die Bahn frei zu weiterem Aufstieg der Organisation. Bald stieg die Mitgliederzahl auf über 300. 1909 wurde der Tarifvertrag mit wesentlichen Verbesserungen für die Arbeiter erneuert und schließlich wieder nach langwierigen Verhandlungen vor wenigen Wochen auf neue vier Jahre. Auch diesmal wurden für die Arbeiter Erfolge erzielt, obwohl die Unternehmer sich mehr als halsstarrig zeigten.

In den Jugendjahren der Bewegung mußten häufig Parteigenossen zur Vertretung der Arbeiterinteressen und teilweise auch zur Führung der Zahlstelle herangezogen werden. In Mannheim waren es Genossen **F e n k**, gelegentlich auch **D r e e s b a c h**, die

als Unterhändler zwischen Arbeiter und Brauereien wirkten, in Ludwigshafen die Genossen **K ö r n e r** und **E h r h a r d t**. Von der Gründung der Zahlstelle bis 1895 lag die Leitung derselben in den Händen des Kollegen **W a g e m a n n**; er wurde abgelöst von dem Genossen **G e r b e r i c h**, der, obwohl kein Brauereiarbeiter von Beruf, das größte Vertrauen der Kollegen besaß. Zu nennen sind noch die Kollegen **W o s c h**, **G r ä b l e**, **S c h n e i d e r**, **P e r s c h e n s t e i n e r** und **G u b e r**, die schon in den 90er Jahren in guten wie in schlechten Zeiten die Fahne der Gewerkschaft verteidigten. In Ludwigshafen war in den letzten Jahren Leiter der Zahlstelle Kollege **M ü h l b a u e r**, neben und vor ihm wirkten die Kollegen **R o s k e**, **P a n z i n g e r**, **W a g e m a n n**, **W a n n i n g e r**, **P a p s t m a n n** und andere.

Die Zahlstelle des früheren M ü h l e n a r b e i t e r v e r b a n d e s wurde im Sommer des Jahres 1894 gegründet. Da neben der damals schon existierenden Ludwigshafener Walzmühle in Mannheim nur die Kaufmannsche Mühle war, in der die Organisation lange Jahre keinen Fuß fassen konnte, so rekrutierte sich die Zahlstelle fast nur aus in pfälzischen Bauernmühlen beschäftigten Kollegen. Denn auch in der Walzmühle war mehr wie schlecht anzukommen, trotz der schlechten (25 Pf.) Stundenlöhne, die es zu jener Zeit gab. Gründer der Zahlstelle waren die Kollegen **G ö h**, **S c h ö n** und **M ü h l t**, die von Worms heraufgekommen waren. Und wenn man sich selbst nennen darf, dann gehörte auch **S c h r e i b e r** dieses Aufzuges zu den Geburtshelfern der Zahlstelle, der mit seinen 15 Lebensjahren den Himmel voller Flöten und Geigen sah und zu seiner Enttäuschung lange feilen und hämmern mußte, bis das Kind lebenskräftig geworden. Nach den Genannten machten sich hier in den Anfangsjahren die Kollegen **H e r r m a n n**, **S p e i e r**, **G e h e l** und **G a s t** um die Organisation verdient. Später die Kollegen **B a r t o l o m ä**, **S e e l e i t n e r**, **D e e g**, **K r ö n e r**, **D i r o l l**, **D i r s c h**, **B ö s e r** und andere, die alle hier zu nennen zu weit führen würde. Im Jahre 1898 war die Organisation so weit, daß sie Forderungen an die Ludwigshafener Walzmühle stellen konnte. Dieselben wurden abgelehnt und die Ablehnung mit dem Streik beantwortet. Dieser schien der damaligen Direktion unmöglich, allein er war da und nach drei Tagen mußte sich die Firma mit den Arbeitern verständigen. Der Lohn stieg auf 27 Pf. Im folgenden Jahre aber und im nächstfolgenden setzte die Lohnbewegung wiederum ein, so daß der Lohn in wenigen Jahren um 7 und 8 Pf. gestiegen wurde. Die Arbeiter der Walzmühle waren damals aber auch „zünftig“ organisiert. Annähernd 90 Proz. der Leute standen innerhalb des Verbandes. Mittlerweile entstanden in Mannheim die Rheinmühlentwerke. Die Leitung dieses Betriebes steckte von Anfang an den „Herrn-im-Hause-Standpunkt“ heraus. Die Mühle war kaum ein Jahr im Betrieb und schon wurde sie bestreift. Es war zwar ein wilder Streik — er brach abends um 11 Uhr aus —, allein die Maßregelung des Zahlstellenleiters wirkte derart aufreizend, daß es ein Halten nicht mehr gab. Nach zwei Tagen war der Kampf zu Ende. Die Maßregelung wurde zwar nicht rückgängig gemacht, aber die Wiederaufnahme der Arbeit mußte die Firma mit einer Lohnzulage erkaufen. Nicht so glatt ging es mit dem 1906 in dieser Mühle ausgebrochenen Streik. Der Zeitpunkt zum Kampf war ebenso unglücklich gewählt wie die äußere Aufmachung desselben. Es fanden sich Streikbrecher und der Kampf mußte nach vierwöchiger Dauer völlig resultatlos abgebrochen werden. Nur ein Teil der Streikenden konnte in den Betrieb zurückkehren. Der Unmut gegen die Verbandsleitung war groß, und zwar deshalb, weil sie dem aussichtslosen Kampfe ein Ende machte.

In der Folgezeit gab es noch diverse Blänketeien in der Kaufmannsmühle sowohl wie in den Pfälzer Mühlenwerken und in der Seymanns- sowie Germaniamühle. Immer sprang dabei für die Arbeiter etwas heraus. Selbst der Streik in der Walzmühle, der voriges Jahr verloren ging, war nicht zwecklos geführt.

Wie anderwärts in Deutschland, so haben, wie wir hier zeigten, auch in Mannheim, Ludwigshafen und Umgebung die Brauerei- und Mühlenarbeiter

den Kampf um die Eringung besserer Existenzbedingungen nicht gescheit. Niederlagen im Kampfe blieben ihnen dabei nicht erspart, aber auch Erfolge wurden errungen, auf die man stolz sein kann. Heute zählt die Bahnhofs-Mannheim-Ludwigshafen über 1000 Mitglieder; sie wird geleitet von dem Kollegen Bauer (Mühlensarbeiter) als Vorsitzenden und dem Kollegen Gräbe (Bauer) als Geschäftsführer.

Eine bessere Entwicklung als die Bahnhofs-Mannheim-Ludwigshafen nahm die Gewerkschaftsbewegung in Mannheim im allgemeinen. In 44 Verbandszahlstellen sind 16500 Mitglieder gezählt. Im Reichstag ist der Kreis Mannheim schon seit vielen Jahren sozialdemokratisch, gegenwärtig durch den Genossen Dr. Frank, vertreten. Von 5 Landtagswahlkreisen im Stadtgebiet sind drei durch Sozialdemokraten vertreten. Auf dem Rathaus hat die Partei von 96 Stadtverordneten 40 besetzt, von 28 Stadtratsmitgliedern 9. Eine geradezu glänzende Entwicklung macht der seit zehn Jahren existierende Konsumverein durch. Er zählt über 10000 Mitglieder und hatte 1911 einen Umsatz von 2561722,55 Mk. Die gegnerischen Gewerkschaften sind hier nicht sehr bedeutend. Die Christlichen sind bisher noch auf keinen grünen Zweig gekommen; ebenso fristet ein Vaterländischer (gelber) Arbeiterverein nur eine Scheineristenz. Seit dem letzten Streik in der Walzmühle Ludwigshafen hat er dort seine Fingerringe ausgestreckt. Die lokalistische Bewegung, die während der letzten Kriege aufgeblüht war, ist wieder zu einem Nichts geworden. Der lokalistische Mühlensarbeiterverein existiert nicht mehr.

Solches berichten zu können, ist gewiß sehr erfreulich, allein die Mannheimer Arbeiterbewegung ist noch nicht das, was sie naturgemäß sein könnte, wenn die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit wüßte, was zu tun ihre Pflicht ist. Der Stamm alteingesessener Arbeiter ist nicht groß. Die Zu- und Abwanderung von Arbeitern ist sehr stark, so daß in Zeiten von Lohnkämpfen immer wieder Neuzugewandene an Stelle kämpferischer Soldaten in den Kampf ziehen. Diese sind nicht genügend mit den gewerkschaftlichen Kampfregeln vertraut und manch ein Führer, der bei Beginn eines Streiks gar zu viel Worte verlor, mußte später die Erfahrung machen, daß der Kampf viel, viel leichter aufzunehmen als abzubrechen ist. Undisziplinierte Arbeitermassen sind eben in ruhigen Zeiten gleichgültig gegenüber den Gewerkschaften, im Kampfe dagegen sind sie tollkühn, ganz nach französischer Art. Nach dieser Richtung hin muß noch viel gearbeitet werden bei uns in „Mannem“. Es ist gewiß schon um vieles besser geworden in bezug auf die Ausbildung der Arbeiter, und wer wie wir zurückzublicken vermag auf die geschichtlichen Vorgänge verschiedener Jahre, der ruft den Delegierten des bevorstehenden Verbandstages freudig zu: Seid uns willkommen! Kommt und überzeugt Euch, daß wir hier, während Ihr draußen im weiten Lande eure Schuldigkeit tatet, auch an uns arbeiteten, die Organisationen aufbauten und daß wir auch unsere Bürgerpflichten für das politische Leben erfüllten.

Seid uns als Kameraden herzlich willkommen!

A. R.

Mannheim als Handels- und Industriestadt.

Wer nach Mannheim reist, muß Geld in den Beutel tun. Mannheim hat zwar mit seinen über 200 000 Einwohnern noch nicht die Mäuren einer Großstadt angenommen, aber der kommerzielle Aufschwung derselben brachte eine große Preissteigerung des Bodens und damit des Lebens im allgemeinen mit sich, wie kaum in einer Provinzstadt des Reiches. Wer in Mannheim zu leben genötigt ist, muß mit hohem Einkommen rechnen, und die schweren Konflikte zwischen Kapital und Arbeit, die in hunderter Reihenfolge ausgefochten werden, geben Zeugnis davon, wie hier noch alles in der Entwicklung begriffen ist.

Bis in unser Zeitalter hinein hatte die einst so stolze Residenzstadt Mannheim unter der Rückwirkung zu leiden, daß sie, nachdem die Residenz Karl Theodors nach München verlegt, eine recht ruhige und gemüßsame Provinzstadt geworden und Jahrzehnte hindurch gemein war. Die Stadt existiert 300 Jahre. 1606 als Festung erbaut, wurde sie bereits 1622 von Lilly zerstört. Kaum erholt von den Schrecken des 30-jährigen Krieges, ward sie 1688 abermals von den Franzosen dem Erdboden gleichgemacht. Anfangs 1700 wurde die Stadt in ihrer heutigen Gestalt erbaut; 1720 ward sie kurpfälzische Residenz. Eine Zeitepoche prunkvoller Uppigkeit war damit angebrochen. Kunst und Wissenschaft fanden hier eine Pflanzstätte. Manches schon vorhandene Bauwerk gibt davon heute noch Zeugnis. Das Schloß z. B. das auf einem Flächenraum von 6 Hektar erstellt ist, gilt als das größte Fürstenschloß der Barockzeit. In dem 1776 erstellten Theater, das sich unbestritten eines großen Ansehens erfreut, erlebten Dichtungen von Schiller, u. a. 1782 „Die Räuber“, ihre Aufführung.

Nachdem Bayern erblich in der kurpfälzischen Linie der Wittelsbacher aufgegangen war, trat Wilhelm das Erbe Mannheims an. Mit dem Kurfürsten Karl Theodor ward 1778 manch eine Futterrippe fortgebracht. Es war still geworden an des Nedars-Mündung. Und das erst recht dann, als der rechtsrheinische Teil der Kurpfalz inkl. Mannheim und Heidelberg zu Baden geschlagen worden war (1802). Die Stadt verödete geradezu.

Erst Jahrzehnte später gelang es der Bevölkerung Mannheims, größtenteils aus eigener Kraft, der Stadt eine neue Blütezeit zu sichern. Die Schifffahrt, die mittlerweile frei geworden war, und die Erstellung eines Hafens (1840) bildeten für sie die Grundsteine einer neuen Zeit. Mannheim ward Handelsstadt. Sie behauptete sich Jahrzehnte hindurch als „Endstation“ der Rheinschifffahrt; als Umschlagplatz für Güter aller Art hat Mannheim heute einen Weltruf.

Ehe aber diese Stufe wirtschaftlicher Blütezeit erreicht war, hatte Mannheim noch einmal schwere Zeiten durchzumachen. Die Bewegung in Deutschland um die politische Freiheit hatte hier mächtigen Widerhall gefunden. Schon in den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts garte es hier, und im Revolutionsjahr 1848/49 war Mannheim Stützpunkt der Bewegung für Baden und die Pfalz, bis Preußens Soldateska einrückte und durch blutige Kriegsurteile der Volkserhebung ein vorläufiges Ende setzte. Dem Bürgerturn wurden einige Freiheiten zugestanden, das arbeitende Volk aber ging einer neuen, schweren Zeit entgegen. Der Totschlag der Freiheitsbewegung löste die proletarische Klassenbewegung aus, gingen doch die so schnell politisch satt gewordenen Bürger an, den 4. Stand ökonomisch auszubenten. Die Handelsherren fanden zu jener Zeit in der Arbeiterschaft noch ein willfähriges Ausbeutungsobjekt.

In den 70er Jahren war es in dieser Hinsicht besonders schlimm. Wie sonst in Deutschland schoß auch hier die Industrie mächtig in die Galmei. Und mit ihr kam der technische Fortschritt, die Handarbeit ward ersetzt durch Maschinenarbeit. Fabrikationszweige der verschiedensten Art siedelten sich hier an. Neben der chemischen Industrie blühte die Maschinenindustrie auf, später auch das Großmühlengewerbe. Der deutsche Mehltransport, der sich im Jahre 1901 auf 853,531 Doppelzentner belief im Werte von 13 206 000 — Mk., steigerte sich im Jahre 1910 bereits auf 3 567 919 Doppelzentner im Werte von 69 396 000 — Mk. Und an diesem Exporthandel sind die Mannheimer Mühlen und Handelsfirmen nicht unwesentlich beteiligt. Im Jahre 1910 beliefen sich die Weizenanfuhrer in Mannheimer Hafen allein auf 5 544 690 Doppelzentner. Ein großer Teil dieser Frachten wurde in den Mannheimer Mühlen verarbeitet und als Fertigware ins Binnenland oder ins Ausland expediert. Von der gesamten deutschen Weizeneinfuhr des Jahres 1910 wurden 20 Proz. in Mannheim verzollt; von der deutschen Petroleumzufuhr 10 Proz. und von der Gesamtwaren-Einfuhr 6 Proz. Die 1910 in Mannheim vereinnahmten Zölle beliefen sich auf 52,5 Millionen Mark. Die Reichsbank hatte in diesem Jahre hier einen Umsatz von 6349 Millionen Mark. Diese Zahlen zeigen uns, daß Mannheim heute nicht allein mehr Handelsstadt ist, Mannheim ist auch eine Industrie-Metropole. Von den in Mannheim ansässigen Personen waren 1910 nur noch 16,8 Proz. im Handel, dagegen aber 57,4 Proz. in der Industrie tätig. Von 54 000 in 1427 Betrieben beschäftigten Arbeitern sind 16 000 in der Metallindustrie tätig, 9000 in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, 7000 in der chemischen Industrie. Wer sich von der gewaltigen Größe der Mannheimer Industrie und von dem Handel ein Bild machen will, der tut gut daran, an einem Werktag eine Hafensrundfahrt zu machen. Von der imposanten Ausdehnung des Verkehrs zeugt auch der an der Strecke Mannheim-Heidelberg gelegene Rangierbahnhof, der eine Gesamtlänge von über 5 Kilometer hat und eine Breite von 330 Meter. Die Gesamtgleisanlage beläuft sich auf 170 Kilometer. Täglich werden zirka 130 Güterzüge mit ungefähr 12 500 Wagen abgefertigt.

Einige Vergleiche dürften hier angebracht sein. Mannheim ist unter den deutschen Großstädten der zwölftgrößte Industriepark. 21,4 Proz. der in Baden gezählten Arbeiter sind in Mannheim tätig; 21 Proz. der in Baden geheizten Dampfkessel entfallen auf Mannheim, ihre Heizfläche beträgt 31 Proz. der gesamten Wasserkraft Preußens bildet — 5 Proz. der Einwohner Preußens wohnen dazulbst — so ist Mannheim der Wasserkopf Badens, nur mit dem Unterschied, daß hier 9 Proz. der badischen Bevölkerung wohnen. Nach der Einwohnerzahl gerechnet steht Mannheim unter den deutschen Städten an 24. Stelle, bezüglich der Größe des Stadtgebietes aber an 9. Stelle. Das in Mannheim investierte Aktienkapital ist, auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, nach den Berechnungen der Handelskammer größer als das Berlins; es ist doppelt so groß wie jenes von ganz Ost- und Westpreußen nebst Pommern zusammen. Die Reichsbank rangiert mit ihren 11 Kreditstellen im Bezirk im Umsatz direkt hinter Berlin. Mannheim besitzt die fünftgrößte Hypothekbank und bildet den siebentgrößten Versicherungsplatz im Reiche. Mannheim hat unbe-

stritten den größten Binnenhafen in Deutschland. Als Umschlagplatz wird es quantitativ zwar von Duisburg-Ruhrort und hinsichtlich des Güterverkehrs von Berlin übertroffen. In Duisburg fällt der Kohlenexport ins Gewicht und in Berlin der Eigenbedarf an Lebensmitteln. An Flächeninhalt aber stehen die Mannheimer Hafenanlagen an erster Stelle. Ein Viertel des gesamten Rheinschiffverkehrs spielt sich in demselben ab. Rechnet man den Eisenbahn- und Schiffsverkehrsverkehr zusammen, so rangiert Mannheim hinter Ruhrort-Duisburg, Hamburg und Berlin. Im deutschen Postverkehr steht es an 26. Stelle, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet aber an 1. Stelle. 21 Proz. der gesamten badischen direkten Landessteuern werden in Mannheim aufgebracht; von der gesamten Gewerbesteuer gar 23 Proz. Die Liegenchaftsteuerwerte belaufen sich auf 800 Millionen Mark, die steuerpflichtigen Betriebsvermögen auf 706 Millionen Mark, die Kapitalvermögen auf 274 Millionen Mark und die umlagepflichtigen Einkommen auf 802 Millionen Mark.

In diesen Zahlen und Vergleichen, die sich leicht vermehren lassen, drückt sich zweifelsohne die große Bedeutung Mannheims im wirtschaftlichen Leben Deutschlands aus. Mannheim ist heute das deutsche Sankau; sein Verkehr hat sich in den letzten 50 Jahren mehr als vervierzigfacht, sein Umschlag in weniger als 40 Jahren verdreißigfacht. Mannheim ist eine Arbeitsstadt im wahrsten Sinne des Wortes; als Fremdstadt kommt es nicht in Betracht. Das in Großstädten übliche Nachleben kennt man hier nicht. Das Leben ist fast nur auf Arbeit zugeschnitten. Nachtschwärmer und Bummler finden hier keinen Resonanzboden. Harte Arbeit und schwere Existenzsorgen spielen im Leben der Bevölkerung die erste Geige. Nur ein kleines Häuflein Vorzugter vermag sich ein besseres Dasein zu verschaffen. Aber arbeiten müssen auch diese. Nur lohnt sich deren Arbeit mehr.

A. R.

Das Fazit.

I.

Die erste Tagung des neuen Reichstags liegt hinter uns und ihr Abschluß zeigt, daß der Karren im alten Gleise weitergeschoben wird; nur ein schwacher Hoffnungsschimmer auf den ersten Schritt zur Umhüllung einer gerechten Besteuerung ist übrig geblieben. Die einzige Großtat, die im ersten abgeschlossenen Tagungsabschnitt zustande kam, ist die Heeres- und Marineverlängerung, die einstweilen von der Masse des arbeitenden Volkes wieder durch Konsumsteuern gedeckt werden muß.

Die Sozialpolitik ist fast völlig unfruchtbar geblieben. Zwar ist ziemlich viel über sozialpolitische Fragen geredet, auch sind eine Reihe Resolutionen angenommen worden, die in das Gebiet der Sozialpolitik schlagen, aber vergebens suchen wir nach greifbaren, positiven Ergebnissen dieser Parlamentsperiode für die Arbeiterklasse. Ein Beschluß ist am Ende der Tagung allerdings noch gefaßt worden, der für die deutsche Gewerkschaftsbewegung eine kleine Beruhigung bilden wird: die Resolution der konservativen Feinde des Koalitionsrechts, die aussprach:

„Die Verbündeten Regierungen zu eruchen, noch vor der in Aussicht gestellten allgemeinen Revision des Strafgesetzbuches dem Reichstage einen Gesetzentwurf über Abänderung der Reichsgewerbeordnung bezw. des Reichsstrafgesetzbuches vorzulegen, durch den ein wirksamer Schutz der Arbeitswilligen gegen Hinderung an der Arbeit, gegen Bedrohungen und Gewalttätigkeiten herbeigeführt und gesichert wird“.

ist mit 275 gegen 63 Stimmen abgelehnt worden. Die eine Voraussage, daß in diesem Reichstage eine Mehrheit für Zuchtstrafgesetze gegen die Gewerkschaften so leicht nicht zustande zu bringen sein werde, hat also ihre Bestätigung gefunden. Unsere impotente freie Gewerkschaftsbewegung hätte sich wahrlich auch dann vor einem Vorstoß der Scharfmacher nicht zu fürchten brauchen, wenn diesen im Reichstage eine stärkere Truppe von Rechtszertrümmerern zur Verfügung stünde. Die Arbeiterschaft ist im Jahre 1899 mit dem Zuchtstrafgesetzentwurf fertig geworden, obgleich Graf Posadowsky, der damalige Staatssekretär für Sozialpolitik, den Zentralverband deutscher Industrieller um 12 000 Mk. anbot, um die Agitation für den Entwurf, sie würde auch heute, nachdem sie um ein Mehrfaches an Mitgliedern gewonnen hat, vor dem Kampf mit denen, die ihr elementarstes Recht angreifen, nicht zurückzuschrecken. An der diesmal gleich im ersten Anlauf erfolgten Abwehr des Anchlages auf das Koalitionsrecht ist aber immerhin der große Wert, den der richtige Gebrauch des Wahlrechts auch für den Gewerkschaftler hat, deutlich zu erkennen. Die einflussreichsten Großindustriellen bearbeiten seit Jahr und Tag die Regierung, damit sie die Arbeitswilligen, richtiger: den durch die Lohnkämpfe ein wenig bedrohten Unternehmern stärker beschütze. Noch im Herbst 1911 kündigte der Reichskanzler von Bethmann Hollweg höchstselbst schärfere Strafbestimmungen zum Schutze der persönlichen Freiheit Arbeitswilliger an. Die Wählerschaft hat mit ihrem Stimmzettel diesen Plan gründlich zerstört und aus dem oben mitgeteilten Ab-

stimmungsergebnis haben die Staatsweisen, die an der Spitze des Deutschen Reiches stehen, sich überzeugen können, daß der Volkswille doch auch ihren Gelüsten noch einen Dämpfer anzusetzen vermag. Es darf aber nicht verschwiegen werden, daß nicht nur die konservativen Antragsteller bei der Abstimmung zum Schloße ausholten gegen das Koalitionsrecht, sondern daß auch acht nationalliberale Reaktionsäre, alle Reichsparteiler, einige Antisemiten und sogar drei Zentrumsteine mit ihnen stimmten. Es muß für die katholischen Arbeiterführer Giesberts, Schiffer, Becker, Behrens und Konjörten und ebenso für die nationalliberalen Arbeiter Feller und Heckmann ein erhebendes Gefühl sein, mit Leuten in einer Fraktion zusammen zu sitzen, die lieber heute als morgen der ganzen Arbeiterbewegung den Kraken herumdrücken möchten, wenn sie könnten. Nach den Erfahrungen freilich, die man beim letzten Bergarbeiterstreik mit den christlichen Arbeitersekretären machen mußte, braucht man sich über nichts mehr zu wundern.

Man darf sich aber nicht der Täuschung hingeben, als ob es im Reichstag wirklich nur 63 Feinde des Koalitionsrechts geben würde. Nur das Bewußtsein, daß eine Mehrheit für den Antrag doch nicht zu erreichen sei, hat viele abgehalten, ihre wahre Gesinnung und innersten Herzenswünsche zu offenbaren. Sie wollten sich nicht nutzlos bloßstellen. Hätte sich die Aussicht geboten, mit Erfolg der Arbeiterbewegung zu Leibe rücken zu können, so würde mancher, der sich nunmehr in den tugendhaften Mantel eines Verteidigers der Arbeiterrechte hüllen kann, offen als Gegner der Koalitionsfreiheit aufgetreten sein, woraus sich ergibt, daß auch fernerhin Wachsamkeit bei der Arbeiterschaft herrschen und immer aufs neue das Gefühl in den breiten Volksmassen gestärkt werden muß, daß das Koalitionsrecht das hehrste Gut der modernen Arbeiterbewegung ist, das sie nimmermehr antastet läßt.

Mit ein klein wenig solonischer Weisheit müßten auch die deutschen Regierungsmänner den hohen Wert eines freien Koalitionsrechts erkennen und schätzen. Mit knappen Worten ist in der letzten Sitzung vor der Vertagung der Reichskanzler vom Abgeordneten Scheidemann auf den großen Unterschied aufmerksam gemacht worden, der besteht zwischen der Arbeiterbewegung in Deutschland und in denjenigen Ländern, die der Arbeiterschaft all und jede Bewegungsfreiheit verweigern. Bei uns hat sich trotz der außerordentlich dürftigen Rechte, die die Arbeiterschaft genießt, die Bewegung in ruhigen, geordneten Bahnen abgepielt, und sie entwickelt sich in friedlicher Weise weiter zu einem gewaltigen Machtfaktor. In den Staaten, die die Arbeiterbewegung mit Gewalt zu unterdrücken suchen, erzeugt der Druck Gegendruck, und die moderne Geschichte ist dort begleitet von Gewalttätigkeiten, Attentaten, Putzchen und anderen Ausbrüchen der Empörung. Wer eine ruhige Weiterentwicklung unseres öffentlichen Lebens will, muß der stärksten Volksklasse, der Arbeiterklasse, wenigstens das Maß von Rechten gewähren, ohne das den schlimmsten Auswüchsen der kapitalistischen Produktionsweise nicht gesteuert werden kann.

In das Gebiet der Sozialpolitik fallen noch die Resolutionen zur Wohnungsfrage, die der Reichstag zum Schluß annahm. Die Einmütigkeit, die in diesem Punkt schon in der Kommission, die sich mit der Wohnungsfrage befaßte, und dann auch im Plenum zutage trat, erklärt sich daraus, daß es sich eben nur um Resolutionen, nicht um Gesetzentwürfe handelte. Von den verbündeten Regierungen wird verlangt, in der nächsten Tagung, also im kommenden Winter, Gesetzentwürfe zur Regelung des Wohnungswesens vorzulegen, die enthalten sollen: Mindestvorschriften über Beschaffenheit und Benutzung der Wohnungen, Vorschriften über eine amtliche Wohnungsaufsicht durch Orts- bzw. Bezirks- und Landeswohnungsanstalten mit einem Reichswohnungsamte als Zentralstelle für das gesamte Wohnungswesen, Bestimmungen über die Errichtung von Pfandbriefanstalten zur Verbesserung des Kredits für den Kleinwohnungsbaue, die Regelung des Wohnungsnachweises und den Ausbau des Erbbaurechts zum ausgiebigeren Gebrauch desselben im Interesse des Kleinwohnungsbaues. Einstimmig fanden diese Forderungen Annahme. Sie kommen den Ansprüchen ziemlich weit entgegen, die von den Vertretern der Arbeiterschaft seit vielen Jahren zur Befriedung des Wohnungswesens vertreten wurden. Es fragt sich nun, ob die Regierung den Wünschen des Reichstages entsprechen wird und welche Stellung nachher die einzelnen Parteien dem Gesetzentwurf gegenüber einnehmen werden. Ein Reichswohnungsgesetz würde an sich schon ein erfreulicher Fortschritt sein, es kommt aber noch sehr wesentlich darauf an, welche Pflichten ein solches den Einzelstaaten und den Gemeinden auferlegt. Es müssen vor allem auch finanzielle Mittel zur Wohnungsreform zur Verfügung gestellt werden.

In einer weiteren Resolution werden die verbündeten Regierungen erucht, die Ergebnisse der Wohnungsaufsicht, des Standes des Wohnungs- und Bodenmarktes, der Wohnungsmieten und der Bau-tätigkeit jährlich zu veröffentlichen. Und endlich wird in einer dritten Resolution der Reichskanzler aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß im Wege der Landesgesetzgebung der Bau von Kleinwohnungen

gefördert werde, wofür zugleich eine Reihe von Richtlinien gegeben werden.

Eine Enttäuschung für die Arbeiterschaft bedeutete die Ablehnung eines zum Brauntweinsteuergesetz gestellten Antrages. Während die Mehrheit der Reichstagskommission aus dem geschätzten Mehrertragnis der abgeänderten Brauntweinsteuer 16 Millionen Mark entnehmen will, um sie den Erzeugern von gewerblichem Spiritus zu schenken, wollten die Sozialdemokraten 16 Millionen Mark verwendet wissen zur Gewährung von Beihilfen an hilfsbedürftige Kriegsveteranen und namentlich zur Deckung des Reichszuschusses, der zur Herabsetzung der Altersgrenze vom 70. auf das 65. Lebensjahr für den Bezug der Altersrente erforderlich ist. Nur die Fortschrittler und zwei bis drei Nationalliberale stimmten neben den Sozialdemokraten dem Antrag zu, der mit 203 gegen 147 Stimmen abgelehnt wurde. Wenige Tage zuvor waren aus den Reihen der Nationalliberalen, des Zentrums und selbst der Konservativen die Redner hintereinander dutzendweise aus Rednerpult getreten, um das Elend der alten Kriegshelden zu schildern, die ihr Leben fürs Vaterland eingesetzt und bei denen das Deutsche Reich noch eine Ehrenschuld abzutragen habe. Als sich hier praktisch Gelegenheit bot, die Ehrenschuld nun endlich abzutragen, ließen dieselben Gruppen, die vorher so rührend geredet hatten, die Steuergroßchen lieber in die Taschen der agrarischen Brenner fließen. Ebenso steht es mit der Altersgrenze. Welch schöne Reden haben wir aus dem Zentrum zu hören bekommen über die Notwendigkeit der Herabsetzung der Altersgrenze! Aber die Veteranen der Arbeit hatten ebenso das Nachsehen wie die des Krieges, als die entscheidenden Beschlüsse gefaßt wurden.

Wie im übrigen die Brauntweinsteuer neu geregelt und welche Flickversuche sonst am Steuersystem des Reiches unternommen wurden, soll in einem zweiten Artikel näher gezeigt werden.

Zum diesjährigen Verbandstag.

Notwendige Reformen.

Die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit hatte unser Verband seit jeher; nur daß die Höhe der Unterstützung, die Wartezeit und die Bezugsdauer Änderungen erfahren. Der Tagesatz war ursprünglich 50 Pf. und wurde gezahlt nach einjähriger Mitgliedschaft und nach einer Wartezeit von 3 Wochen vom Tage der Arbeitslosigkeit an; die Bezugszeit war auf 12 Wochen festgesetzt. Der Verbandstag in Stuttgart (1908) setzte die Wartezeit auf 14 Tage fest und die Tagesätze auf 1 Mk. bei einjähriger Mitgliedschaft, bis zum Gesamtbezüge von 45 Mk.; bei halbjähriger Mitgliedschaft 50 Pf. pro Tag, bis zum Gesamtbezüge von 20 Mk. Der Verbandstag in Dresden (1900) beschloß die Unterstützung für weibliche Mitglieder und setzte sie auf die Hälfte der Sätze für männliche fest. Der Verbandstag 1904 in Frankfurt a. M. beseitigte die Unterstützung bei halbjähriger Mitgliedschaft und staffelte die Bezugsdauer nach dem noch jetzt geltenden System bei gleichbleibendem Tagesatz. Der Verbandstag in Berlin (1910) verkürzte dann die Wartezeit wie gefolgt.

Auf dem Verbandstag in Stuttgart (1898) wurde nun auch die Unterstützung bei Krankheit eingeführt, und zwar zu dem gleichen Bedingungen wie bei Arbeitslosigkeit, gültig vom 1. August 1898 ab. Wie sich die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit gegenseitig entwickelt hat, sehen wir an nachstehenden Summen für die einzelnen Jahre. Es wurden gezahlt:

	Krankenunterstützung	Arbeitslosenunterstützung
1898	4 023,65 Mk.	8 576,20 Mk.
1899	13 545,50 "	10 890,50 "
1900	15 360,30 "	11 582,50 "
1901	22 320,90 "	24 491,40 "
1902	24 377,40 "	23 739, — "
1903	28 354,30 "	18 459,70 "
1904	45 086,50 "	21 489,10 "
1905	57 438,50 "	28 622,50 "
1906	70 311,70 "	18 641,50 "
1907	89 312,50 "	23 612,20 "
1908	111 921,40 "	46 545,90 "
1909	127 555,10 "	55 349,30 "
1910	139 128,30 "	48 525,80 "
1911	200 062,60 "	65 205,20 "

Sehen wir vom Jahre 1898 ab, wo die Krankenunterstützung nur für fünf Monate gezahlt wurde, so zeigen uns die Zahlen, daß sich die Arbeitslosenunterstützung, abgesehen von den Schwankungen in den einzelnen Jahren, von 1899 bis 1911 verdreifacht, dagegen die Krankenunterstützung fast verzehnfacht hat, obwohl die Krankenunterstützung schon 1899 um ein Viertel höher war wie die Arbeitslosenunterstützung. Welche Gründe für diesen kolossalen Unterschied hier mitzureden, mag unerörtert bleiben; wir haben mit der Tatsache zu rechnen. Wenn die Delegierten des Verbandstages 1898 diese Entwicklung vorausgesehen hätten, was sie allerdings nicht konnten, so hätten sie jedenfalls eine andere Regelung der beiderseitigen Unterstützungen getroffen.

Die Organisation dient in der Hauptsache der Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse und muß sich hierzu oft des Streiks als Mittel bedienen. Die Streikunterstützung ist also die wichtigste Einrichtung in der Organisation. Während eines Streiks haben wir ein Interesse daran, daß sich keine Streikbrecher einstellen. Die Unorganisierten scheiden bei dieser Betrachtung aus. Wenn wir aber von unseren arbeitslosen Mitgliedern, wie selbstverständlich, verlangen, daß sie ihren kämpfenden Kollegen nicht in den Rücken fallen, dann dünkt es mir, daß wir auch eine gewisse Verpflichtung hätten, sie notwendig über Wasser zu halten, damit der allzu große Hunger sie nicht zu Verrätern macht. Und von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, ist unsere Arbeitslosenunter-

stützung verbesserungsbedürftig und überhaupt reformbedürftig. Die Krankenunterstützung ist nicht unmittelbarer Zweck der gewerkschaftlichen Organisation; sie wurde eingeführt, um den Mitgliedern bei der vielfach ganz unzulänglichen Unterstützung seitens der Krankenkassen einen kleinen Zuschuß zu sichern und war damit zugleich zu einem Agitationsmittel geworden. Daß aber, wenn die Arbeitslosenunterstützung unzulänglich ist, die Krankenunterstützung auf der gleichen Höhe steht, ist unrecht und dem Zweck und den Interessen der Organisation entgegenstehend. Vom sozialen Gesichtspunkt aus ist zu beachten, daß der Kranke doch von seiner Klasse einen bestimmten Betrag erhält, während der Arbeitslose allein auf die Verbandunterstützung angewiesen ist. Und hier bereinigen sich die sozialen mit den gewerkschaftlichen Bedenken. Auch die ausgegebenen Summen zeigen uns, daß hier ein Mangel vorliegt: die Krankenunterstützung ist im Jahre 1911 fast gleich so hoch wie die Unterstützung für Streiks und Arbeitslose zusammen. Diese große Summe für Krankenunterstützung macht aber auch eine notwendige Reform sehr leicht, und dies kann nur geschehen, wenn man die Tages- oder Wochenätze bei Arbeitslosigkeit etwas höher und bei Krankheit etwas niedriger setzt. Daß eine solche Reform notwendig ist, darüber dürften Meinungsverschiedenheiten wohl kaum bestehen, und sind ja auch zu diesem Verbandstag darauf hingeliefende Anträge gestellt. Nebenbei wäre notwendig eine Steigerung der Tagesätze nach der Dauer der Mitgliedschaft, wie man sie in fast allen Organisationen hat.

Bei einer Regelung der Arbeitslosenunterstützung dürfte es sich aber weiter empfehlen, die Familienangehörigen ein wenig zu berücksichtigen. Die Organisation ist die Verkörperung der gegenseitigen Hilfe; bei der Streikunterstützung äußert sie sich auch in der Richtung, daß auf Frau und Kinder Rücksicht genommen wird; der Bedürftigste wird am meisten berücksichtigt, soweit sich die Bedürftigkeit an äußeren Erscheinungen abmessen läßt. Das könnte auch bei Arbeitslosigkeit so gehandhabt werden, wenn auch mit dem Unterschied, daß die Unterstützung für Familienangehörige in der Gesamtsumme berechnet wird. Hoffentlich erfolgt endlich eine zweckentsprechende Reform der Unterstützung auf diesem Verbandstag.

Neue Probleme.

Ein neues Problem, das der Verband auf Beschluß des kommenden Verbandstages lösen soll, ist die Errichtung von Ferienheimen. Die geringe Beteiligung an der Diskussion trotz der langen Zeit, die hierzu zur Verfügung stand, die teils noch ablehnend war, lassen darauf schließen, daß die Sympathie für dieses Problem verschwindend gering ist; und das ist gut so. Dem Zweck, dem das Ferienheim dienen soll, entspricht es nicht, die Benutzung des Ferienheims scheitert an der Unmöglichkeit der Mitglieder, die hierfür notwendige Summe aufzubringen, und als Kapit bleibe eine dauernde Belastung und Haftung des Verbandes, die bei der Vermehrung der Ferienheime ins Unüberschaubare wachsen würde. Das gehört nicht zu den Aufgaben des Verbandes, zumal wenn den Mitgliedern damit nicht gedient ist, die wenigsten davon Gebrauch machen könnten und würden, wir also lediglich Erwerbsgeschäfte hätten, welche durch den Zugang Fremder gehalten werden müßten; dem Verbande bliebe lediglich das Risiko und der Profit, wenn ein solcher zu erzielen ist. Und ich meine: Andere Aufgaben liegen auf einem anderen Gebiet, als auf dem des Erwerbsgeschäftes, sonst könnte man ja auch die Notwendigkeit zur Eröffnung eines jeden anderen Geschäftsbetriebes begründen.

Es ist einfach unmöglich, daß eine Familie das Ferienheim besuchen könnte, oder sie würde es vielleicht einmal tun, wenn sie besser situiert ist und sich den notwendigen, verhältnismäßig recht hohen Betrag absparen könnte, oder wenn sie in nächster Nähe wohnte. Nehmen wir nur eine dreiköpfige Familie — in der Regel wird die Zahl der Familienmitglieder weit höher sein — und nehmen wir nur eine Entfernung, daß der Fahrpreis hin und zurück 20 Mk. für alle drei beträgt, und nehmen eine Zeit von fünf Tagen, die sie im Ferienheim verbringen könnte, das wären Unterhaltungs- und sonstige Kosten, nicht hoch berechnet, 50 Mk. Und dann kommt noch so manche notwendige Ausgabe hinzu, die man sonst nicht hätte; es würden also gut und gerne 100 Mk. zusammenkommen, welche der fünf-tägige Besuch des Ferienheims kosten würde. Was sagen aber Familien mit größerer Kopfzahl und bei weiterer Entfernung. Und wenn man darauf reflektiert, daß der Mann allein das Ferienheim besucht und die Familie dazu sparen muß, wo die Frau doch schließlich auch ihre Last hat und der Erholung bedürftig ist, so würde man damit wohl falsch kalkulieren. Aber um bei dem Beispiel zu bleiben: welche Arbeiter sind bei ihren Löhnen und den teuren Verhältnissen in der Lage, 100 Mk. und mehr für einen Zweck zu sparen, den sie zu Hause oder wenn sie sonstwo in der Nähe ihre Ferien verbringen wollen, ebensogut und besser erreichen. Für das Geld können sie sich zu Hause oder in der nächsten Umgebung besser pflegen und sie können auch dort Licht, Luft, Sonne, Sturm und Regen in ihrer Ursprünglichkeit auf sich einwirken lassen und die Wunderkraft der Natur fühlen, wie Kollege Ebel zur Begründung der Ferienheime sagt.

Was wäre das aber auch für eine Erholung: etwa zwei Nächte Bahnfahrt und 3 bis 6 Tage im Ferienheim. Die Zeit würde kaum ausreichen, die für den Besucher ungewöhnlichen Strapazen der Reise gutzumachen. Also große Ausgaben und keinen Vorteil.

Es blieben für das Ferienheim nur einige der Bestenstellen — und wer weiß wie oft — und die Unberühreteten übrig, aber letztere, die an nichts gebunden sind und keine Rücksicht auf andere zu nehmen brauchen, finden eine bessere Erholung bei einer von ihnen selbst ausgesuchten Wandertour, wobei sie es sich so einrichten können, wie es ihnen beliebt und dazu noch weit billiger davon kommen. Sie leben dabei in der Natur mit all ihren Schönheiten und haben Abwechslung.

Ohne die Kostenfrage für die Errichtung und Unterhaltung der Ferienheime in Betracht zu ziehen, sind sie kein Bedürfnis, verfolgen ihren Zweck und überbürden die Organisation mit Verantwortung und Lasten. Die sich erst in Zukunft voll zeigen würden, und manche von uns haben

Schon Erfahrung darin reichlich auf anderem Gebiete. Deshalb ist das Problem der Ferienheime ein verwickeltes. Günstiger wäre es schon, wenn man an Stelle dessen an die Invalidenunterstützung dachte, die mit geringeren Kosten für den einzelnen durchgeführt werden könnte und ihre Nutzen stiften würde; jedenfalls wäre es das Nächste, nachdem der Verband seine Position befestigt hat und die Hauptfrage: die Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse belächelt hat und in fortlaufender Bewegung zu erhalten in der Lage ist.

Für weit geringere Summen, die der Verband bei den Ferienheimen zu riskieren hätte, könnte aber auch einem deren praktischen Bedürfnis genügt werden. Die bis jetzt vorhandenen Statistiken über die Bewegung der Lebensmittelpreise sind unzulänglich. Die gewerkschaftlichen Organisationen werden dazu übergehen müssen, selbst eingehendere Statistiken zu schaffen, die immer notwendig werden zu erfolgreichen Lohnbewegungen. Es muß den Unternehmern ziffernmäßig bewiesen werden, wie der Arbeiter mit dem Lohn sich einschränken muß und wie viel notwendige Bedürfnisse er sich versagen muß. In einer großen Anzahl Orte müßten bestimmte Familien mit den verschiedenen Lohnhöhen dazu herangezogen werden, in ein genau geliefertes Buch sämtliche Ausgaben einzutragen, das zum Jahresluß dem Hauptvorstand einzuliefern wäre. Würde diese Eintragung nicht umsonst gemacht, so könnte eventuell eine kleine Entschädigung dafür ausgesetzt werden. Dabei erhielten wir nicht nur laufend wichtiges und wertvolles Beweismaterial, wie die Ausgaben den Löhnen gegenüberstehen, sondern auch gegenüber den Unternehmern Aufschluß, wie notwendig der Arbeiter zu leben gezwungen ist. An Stelle der Ferienheime beschäftigen man sich mit dieser Frage, diese ist meines Erachtens wertvoller und nützlicher.

Wo hinaus?

Kollege Krieg hat in zwei Artikeln seine Ansichten über die vom Verbandstag zu beschließenden Reformen und vor allem über unser Finanzwesen dargelegt.

Mit der Tendenz seiner Artikel, die Verbandskasse mehr als bisher zu stärken, kann man einverstanden sein, nicht aber mit der Art, wie er bewährte Einrichtungen des Verbandes bei dieser Gelegenheit herabzusetzen versucht, um schließlich als Heilmittel seinen vom Berliner Verbandstag mit 80 gegen 7 Stimmen abgelehnten Antrag (S. 178—180) wieder in empfehlende Erinnerung zu bringen. Schwarz und Schwarz malt uns Kollege Krieg die finanziellen Einrichtungen in unserem Verbands: „wir zehren von den Löhnen, bald auch vom Vermögen“, die Mitglieder werden benachteiligt, was ihnen auf Heller und Pfennig vorgerechnet wird, und es ist bei alledem nur eines wunderbar: Die Verbandskasse wuchs 1910 um 233 000 Mk., 1911 um 282 000 Mk. Im Verkehr mit den Zahlstellen und Mitgliedern merken wir nicht das geringste von Unzufriedenheit mit den Einrichtungen im Verband, und nur Kollege Krieg erhebt seine Kassandruse, weil der Verbandstag vor der Tür steht und weil er sich seines Kindes — des Antrages von 1910 — erinnert, der, wenn er jetzt angenommen würde, uns aus — dem Regen unter die Traufe bringen würde!

Um was handelt es sich? Einfichtige, vorausschauende Kollegen verfolgen das Ziel, der Mannheimer Verbandstag möge für eine schnellere Stärkung der Verbandskasse sorgen; sie wollen beizeiten rüsten gegen die schweren Kämpfe, die aller Voraussicht nach die Zukunft uns bringen wird und muß.

In der Verfolgung dieses Zieles sind alle einsichtigen Kollegen sich einig, daß der kommende Verbandstag unter keinen Umständen irgendwelche Höherbelastung der Verbandskasse beschließen darf, wenn er nicht gleichzeitig entsprechend die Beiträge erhöht.

Einig sind alle einsichtigen Kollegen sich auch darin, daß bereits die jetzigen Unterstützungseinrichtungen eine zu starke Belastung der Verbandskasse darstellen, was zur Folge hatte, daß die Kriegskasse des Verbandes im letzten Jahre nicht in wünschenswerter Weise prozentual gewachsen ist.

Um ein schnelleres Anwachsen des Kriegskasses herbeizuführen, bleiben uns nur zwei Wege: Entweder Erhöhung der Beiträge ohne gleichzeitige Erhöhung der Unterstützungen, oder Herabsetzung der letzteren bei sich gleich bleibenden Beiträgen.

Das ist es, was den Mitgliedern begreiflich gemacht werden muß, damit sie sich für einen der beiden Wege entscheiden. Um das begreiflich zu machen, bedarf es aber aller der wenig überzeugenden Wahrscheinlichkeitsberechnungen nicht, die Kollege Krieg in seinen Artikeln anstellt, indem er das Jahrpaar 1906—1911 mit seinen feststehenden kontrollierbaren Zahlen in Vergleich bringt mit von ihm unterstellten nicht kontrollierbaren Zahlen, die seines Erachtens für das Jahrpaar 1911—1916 sich ergeben werden. Solche Rechnungsaufmachungen beweisen nichts, und überzeugen nicht, auch wenn sie aufgebaut sind auf Jahren mit auf- und absteigender Wirtschaftskonjunktur. Spielen doch u. A. auch für das verfloßene Jahrpaar noch andere Faktoren — Beiträge- und Unterstützungserhöhungen, Steuererhebung, mehr oder weniger große und schwere Kämpfe und anderes — eine nicht unwesentliche Rolle.

Für einsichtige Mitglieder — und das sind die Mehrheit im Verbands — genügt durchaus der Hinweis, daß im Jahre 1911 sich herausgestellt hat, daß die Wirkung der vom letzten Verbandstag herabgesetzten Ratenzeit darauf ist, daß für größere Kämpfe nicht mehr genügend Kapital zurückgelegt werden kann.

Kollegen, welche von dieser nackten Tatsache nicht überzeugt werden, lassen sich durch die vom Kollegen Krieg aufgestellten Wahrscheinlichkeitsberechnungen auch nicht überzeugen, denn die Verbandsgeschichte lehrt, daß es dann — verhängnisvoll — ganz anders kommt!

Hätten wir uns an Tatsachen. Das gewinnt die Kollegen am ersten für die von uns als richtig erkannten Ziel.

Tatsache ist nun, daß erstenslicherweise der Verband von Jahr zu Jahr erfährt, daß damit seine Angriffsfläche breiter wird, daß dadurch die Kämpfe um bessere Arbeitsbedingungen zahlreicher und heftiger werden, und daß infolge dessen von Jahr zu Jahr immer größere Anforderungen an die Kriegskasse gestellt werden.

Tatsache ist weiter, daß die sich durch unsere Kämpfe bedroht fühlenden Unternehmer und Unternehmergruppen dem Ersinken unseres Verbandes nicht unfähig zuzusehen, sondern in immer größeren und stärkeren Kampf- und Abwehrverbänden sich zusammenfinden, wofür schon die Existenz der Boykottschub-, der Arbeitgeber- und Unternehmerverbände sorgen, weil sie dabei ihr Brot finden. Dadurch wächst die Wahrscheinlichkeit kommender ausgebeuteter zentraler Kämpfe, die ganz andere Summen verschlingen werden als die, mit welchen wir jetzt rechnen.

Diese Entwicklung sehen die Kollegen täglich vor ihren Augen sich vollziehen und bei ihren Kämpfen werden sie mit der Nase draufgestoßen. Deshalb begreifen sie die Notwendigkeit der Stärkung unserer Kriegskasse auch, ohne daß man die seit Jahren bewährten Einrichtungen unseres Verbandes nun mit einem Male als ungeeignet und nichts taugend in Grund und Boden kritisiert, wie das bedauerlicherweise Kollege Krieg in seinen Artikeln für nötig hielt.

So erschütternd schämte es nicht um unseren Verband, wie Kollege Krieg es darstellt, um uns seinen untauglichen Antrag von 1910 nachträglich noch schmachhaft zu machen.

Bei über 1 Million Mark Bestand und 24,52 Mark Vermögen pro Kopf braucht man so schwarz, wie Krieg das tut, nicht zu malen. Man muß doch bei der schauerlichen Tatsache, daß das Vermögen 1911 nur um 16 Pf. pro Mitglied zunahm, nicht vergessen, daß wir 1911 mit 6000 Neueingetretenen teilten und ihnen, die zur Vermögensansammlung noch nicht beigetragen, eine Morgengabe von über 20 Mk. pro Mann als Klassenvermögen entgegenbrachten. Würden wir unseren Mitgliederbestand 1912 verdoppeln können, so wäre das ein Riesensfortschritt für den Verband, wenn auch Friß Krieg dann über den Rückgang des Vermögens pro Kopf die Hände über dem Kopf zusammenschlagen könnte.

Doch alles das nur nebenbei, damit die Schwarzmalerei Kriegs den Mitgliedern nicht den Verband und seine bewährten Einrichtungen vernebelt!

Einig sind wir, daß wir uns von der Million nicht imponieren und zum „Gehemlissen wie es geht“ verführen lassen. Wir wissen, daß die Million bei großen und schweren Kämpfen und Aussparungen dahinschmilzt wie Butter in der Sonne.

Einig sind wir deshalb auch in dem Bestreben, die Kampfmittel des Verbandes zu stärken.

Noch nicht einig aber sind wir uns über den Weg zu diesem Ziel.

Kollege Egel will eine weitere Beitragsklasse von 70 Pf. pro Woche eingeführt haben, wobei er meines Erachtens den Fehler begeht, daß er im prozentualen Verhältnis der Beitragserhöhung auch die Unterstützungssätze steigern und damit die erzielten Mehreinnahmen beinahe ganz wieder fortgeben will. Eine wesentliche Stärkung der Verbandskasse würde damit nicht erreicht werden. Freilich muß dabei beachtet werden, daß Kollege Egel seine Aufstellungen rein systematisch an das derzeitige Verhältnis zwischen Beitragszahlung und Unterstützungen anlehnt, um damit den Beweis zu führen, daß ohne Schwaben — nach der Berechnung freilich auch ohne wesentlichen finanziellen Nutzen — für die Verbandskasse die Mitglieder sich ein Recht auf höhere Unterstützungen sichern können.

Kollege Egel ist sich meines Wissens aber nicht im unklaren darüber, daß der Verbandstag die von ihm vorgeschlagene Progression der Unterstützungen nicht annehmen wird und kann, wenn er die Stärkung der Verbandskasse als Ziel sich setzt, und darüber wird Kollege Egel sicher mit sich reden lassen.

Kollege Krieg vertritt die Staffelleistungen mit Abstufungen von 10 zu 10 Pf., worüber sich reden ließe, wenn er nicht durch neuerliche Empfehlung seines Antrages von 1910 in den Fehler verfiel, daß auch er für Unterstützungen den letzten Groschen hergeben will, denn die von ihm 1910 vorgeschlagenen Unterstützungssätze gehen in vielem noch über die derzeitigen hinaus.

Der Egelische Gedanke ist — ohne die starke Erhöhung der Unterstützungssätze, über die er mit sich reden lassen wird — gut, wenn ihn auch selbstamerweise Kollege Krieg mit einer Dr. Eisenbarthkur vergleicht.

Ohne allzu große Erhöhung der Unterstützungssätze und bei obligatorischer Einführung von einer bestimmten Lohnklasse an entspricht der Egelische Vorschlag dem durchaus gefunden Gedanken einer progressiven Einkommensteuer, die wir ja auch in Staat und Gemeinde für die gerechteste Steuerart halten. Die besser entlohnten Kollegen verdanken in 99 von 100 Fällen ihre bessere Entlohnung der Organisation und sie müssen schon deshalb bereit sein, zur Förderung dieses ihnen rühmlichen Gemeinwehens etwas mehr dazu beitragen, als ihre wirtschaftlich schwächeren Kollegen das können.

Dabei müssen die besser entlohnten Kollegen als gute Kollegen und Gewerkschaftler es ablehnen, sich die Pfennigrechnung des Kollegen Krieg zueigen zu machen, der ihnen vorrechnete, wie sie trotz höherem Beitrag im Falle eines Streiks schlechter fahren als andere, weil sie mit der fatalistisch festgesetzten Streikunterstützung über den bisher verdienten Lohn hinauskommen würden. Das kam auch bisher zuweilen vor und kein Kollege hat daran Anstoß genommen, daß er als Streikender nicht höhere Bezüge haben sollte wie als Arbeitender.

Warum Kollege Krieg derartige, durch kein System zu beizutragende Nebenheiten so stark in den Vordergrund rückt, ist mir nicht recht ersichtlich.

Auch Krieg sollte in erster Linie den Grundgedanken propagieren, daß der wirtschaftlich Stärkere zur Erhaltung und Förderung des Gemeinwehens — in diesem Falle des Verbandes — mehr beitragen kann und soll als der wirtschaftlich Schwächere.

Ob man praktisch diesen Grundsatz belächelt, indem man die Beitragsklassen von 20 zu 20 Pf., wie das Egel will, oder von 10 zu 10 Pf. ansteigen läßt, wie Krieg das will, das ist von untergeordneter Bedeutung.

Man soll an den bewährten Einrichtungen des Verbandes nicht an jedem Verbandstage allzu viel herumdokorn und nicht alle zwei Jahre neue Systeme zur Einführung bringen wollen.

Egels Antrag knüpft am besten an das Bestehende und Bewährte an. Er verlange obligatorische Einführung des 70-Pf.-Beitrages für alle, die mehr als 25 Mk. verdienen,

er bequäme sich mit einer bescheidenen Erhöhung der Streikunterstützung für die 70-Pf.-Klasse und er wird damit, wenn der Verbandstag seinen Antrag dann annimmt, dem Verbands und seinen Mitgliedern am besten gedient haben.

D. Käppler.

Die Antwort!

Es macht kein Vergnügen, auf Kritiken und „Bekämpfungen“ wie die vorstehende des Kollegen Käppler zu antworten. Etwas mehr Logik und Konsequenz, etwas mehr selbstständige Meinung und Gründlichkeit, etwas weniger Widerspruch in der eigenen Auffassung und etwas weniger Oberflächlichkeiten erwartet man doch sogar von ganz gewöhnlichen Sterblichen, als was hier der Kollege Käppler zutage fördert. Soviel Ungereimtheiten auf einem Satze habe ich noch nicht gesehen. Bevor ich jedoch auf das, was zur Sache gehört, eingehe, einige Verwahrungen.

Kollege Käppler jagt an einer Stelle, daß ich die bewährten Einrichtungen des Verbandes herabzusetzen versuche. Bei aller Bescheidenheit muß ich Kollegen Käppler als Richter darüber ablehnen. In diesen bewährten Einrichtungen des Verbandes ist Käppler unschuldig. Dagegen habe ich sie mit geschafften, und welchen Anteil ich daran habe, wissen die Delegierten der verschiedenen Verbandstage. Das ganze Unterstützungssystem, wie es jetzt besteht, ist ein Antrag. Es hat sich bewährt als Übergangseinrichtung, und weil damals eine weitere Spezialisierung und Differenzierung, wie ich sie damals schon und seitdem erstrebte, nicht zu erreichen war. Aber „bewährt“ ist das Unterstützungssystem lange nicht mehr, und das Beitragsystem noch viel weniger. Und wenn ich das sage, so stelle ich eine Tatsache fest, die durch die Meinung Käpplers wohl kaum erschüttert wird; und indem ich gleichzeitig Vorschläge mache, versuche ich eine Verbesserung der Einrichtungen herbeizuführen. Es wurden auch frühere Einrichtungen des Verbandes kritisiert, um Änderungen herbeizuführen; es fand sich niemand, der das als Herabsetzung empfand und begehrtete. Das Licht Kollegen Käppler vorbehalten, dem Zionstochter zu markieren. Ist es Gedankenlosigkeit, oder ist er so überfeinfühlerig, oder hat es einen anderen Grund? Diese Frage lasse ich offen. Jedenfalls bewahre ich mich gegen diese Unterstellung. Unbedacht — um das gelindeste Wort zu gebrauchen — ist es aber, wenn er weiter unterstellt, daß ich die Einrichtungen des Verbandes deshalb herabsetze, um als Heilmittel meinen Antrag vom Berliner Verbandstag in empfehlende Erinnerung zu bringen, wovon in den beiden Artikeln keine Rede ist.

An anderer Stelle sagt Käppler, daß er seine Ausführungen bis dahin nur nebenbei gemacht habe, damit meine Schwarzmalerei den Mitgliedern nicht den Verband und seine bewährten Einrichtungen vernebelt. Käppler hat durchaus nicht notwendig, sein „ruhiges Gewissen“ mit dieser Sorge zu beschwören, die Mitglieder sind etwas gescheiter und geschult, als er anzunehmen scheint; sein Bemühen als gewerkschaftlicher Erzieher für mich muß ich auch ablehnen, weil ich diese Erziehung nicht mehr brauche und ich ihn auch nicht qualifiziert zu dem Amte halte.

Nun zur Sache. Meine Ausführungen zum Verbandstag dienen dem Zweck, einmal der unberechtigten Schönfärberei unserer Finanzverhältnisse entgegenzutreten und zu zeigen, daß diese auf Grund der Beschlüsse des letzten Verbandstages unter normalen Verhältnissen aus dem Gleichgewicht gekommen sind und die Kasse nicht nur keine weiteren Belastungen ohne Deckung verträgt, sondern daß es notwendig ist, das Gleichgewicht, für normale Verhältnisse berechnet, wieder herzustellen. Hiermit verbunden befürworte ich eine zweckmäßige Regelung der Beiträge und Unterstützungen im Verhältnis zu den ungeheuer differenzierenden Löhnen unserer Mitglieder. Hierfür ist nicht geeignet eine Erweiterung des bisherigen unhaltbaren Systems der Sparrung von 20 Pf. in den Beiträgen; diese habe ich bekämpft, ebenso die vorgeschlagenen Unterstützungen, die uns keine Verbesserung der Finanzen bringen, sondern das Gegenteil. Für meine Feststellungen und Gedanken habe ich Berechnungen aufgestellt, die zu widerlegen waren, wenn man anderer Meinung war.

Nun kommt Kollege Käppler mit seiner Kritik. Er dreht sich immer im Kreise herum, wirft alles durcheinander, aber auf den Kern der Sache einzugehen, fällt ihm nicht ein. Er hatte ja die Absicht, nachzuweisen, daß meine Feststellung über die Zunahme des Vermögens pro Kopf nicht stimmt, er hat es aber sein lassen. Seine Prüfung und Kritik meiner Berechnung erschöpft sich in der Behauptung, daß solche Berechnungsaufmachungen nichts beweisen und nicht überzeugen, auch wenn sie aufgebaut sind auf Jahren mit auf- und absteigender Wirtschaftskonjunktur. Das ist ja sehr bequem und macht auch weiter kein Kopfzerbrechen, aber überzeugend ist es nicht. Leute, die von dem Einfluß der Wirtschaftskonjunktur auf so mancherlei im Wirtschaftsleben und besonders auf die Arbeitslosigkeit und Unterstützungen Kenntnis haben, gehen nicht mit einer Handbewegung darüber hinweg; sie nehmen es etwas ernsther damit. Gält Käppler diesen Einfluß nicht für gegeben? Oder wie denkt er sich die Wirkung? Die „anderen Faktoren“ dienen ihm als bequemen Schild, daß „solche Rechnungsaufmachungen“ nichts beweisen; Beitrags- und Unterstützungserhöhungen, Steuererhebung, mehr oder minder große Kämpfe usw. Wie interessant und wie bequem. Die Beitragserhöhung spricht doch zugunsten meiner Berechnung, eine Unterstützungserhöhung hat in dem Jahrpaar nicht stattgefunden, die Wirkung der Steuererhebung läßt sich annähernd berechnen und die „mehr oder minder großen und schweren Kämpfe“ sind ein Kapitel für sich, diese haben mit dem Einfluß der Wirtschaftskonjunktur auf die Arbeitslosigkeit an sich nichts zu tun. Aber auch einen ersten Anlauf macht Käppler, um meine Berechnungen ad absurdum zu führen. Er teilt eine grandiose Entdeckung mit, „daß wir 1911 mit 6000 Neueingetretenen teilten und ihnen, die zur Vermögensansammlung noch nichts beigetragen, eine Morgengabe von über 20 Mk. pro Mann als Klassenvermögen entgegenbrachten“; das dürfe bei der Tatsache, daß die Vermögenszunahme pro Mitglied nur 16 Pf. betrug, nicht vergessen werden. Ganz richtig, Kollege Käppler, darf das nicht vergessen werden, aber zum Vergleich mit den Jahren im letzten Jahrpaar war die

Hervorhebung dieser Tatsache wirklich nicht nötig, denn die Zahl der Neueingetretenen betrug 1911 nur 15,4 Proz., im Jahre 1906 jedoch 22,5 Proz. und 1907 16 Proz.; die Morgengabe war also in diesen Jahren verhältnismäßig höher wie 1911, und doch betrug die Vermögenszunahme 3,87 Mk. bzw. 2,47 Mk. pro Mitglied, bei um 10 bezw. 5 Pf. geringeren Beitrag als 1911. Und wenn dann Kämpfer an seine Entdeckung die Schlussfolgerung knüpft, daß ich über den Rückgang des Vermögens pro Mitglied die Hände über dem Kopf zusammenschlagen könnte, wenn beispielsweise unser Mitgliederbestand sich 1912 verdoppeln würde, so kann er beruhigt sein, daß ein solcher Vorgang von mir wirklich nicht unbeobachtet bleiben würde, weil ich eine Sache etwas gründlicher zu bearbeiten gewohnt bin und mich nicht mit Redensarten begnüge, wie beispielsweise mancher angehende Dr. der Nationalökonomie.

Damit könnte es ja genug sein, aber interessant ist es doch, der Kritik des Kollegen Kämpfer noch etwas weiter nachzugehen, um zu sehen, was er eigentlich will. Der Endeffekt ist die 70 Pf.-Stafel bei dem ganzen Schwunfwalzer, den er aufführt. Dazu hätte er sich nicht in solche große Unkosten stützen brauchen, denn die Unhaltbarkeit der Spannung von 20 Pf. ist eine Tatsache, die sich nicht aus der Welt reden läßt. Die krassesten Versuche Kämpfers hierzu zeigen nur die Schwäche seiner Position; und dieser schreibe ich auch seine Entgleisungen zu, daß ich den Mitgliedern auf Heller und Pfennig ausgerechnet habe, daß sie benachteiligt werden, und daß es ihm unerfindlich sei, warum ich dieses so scharf in den Vordergrund rücke, Entgleisungen, die sonst eine schärfere Zurückweisung verdienen.

Kämpfer ist der Ueberzeugung und betont es an verschiedenen Stellen, immer in anderen Variationen, daß wir „beizeiten rüsten“ müssen „gegen die schweren Kämpfe, die aller Voraussicht nach die Zukunft bringen wird und muß“, daß die Unternehmer und Unternehmergruppen „zu immer größeren und stärkeren Kämpfen und Umkehrverbänden sich zusammenfinden“ und daß dadurch „die Wahrscheinlichkeit kommender ausgebeuteter zentraler Kämpfe“ wächst, „die ganz andere Summen verschlingen werden als die, mit welchen wir jetzt rechnen“, daß die Angriffsfläche des Verbandes breiter wird und dadurch „die Kämpfe um bessere Arbeitsbedingungen zahlreicher und kostspieliger werden, und daß infolgedessen von Jahr zu Jahr immer größere Anforderungen an die Kriegskasse gestellt werden“, daß „die Million bei großen und schweren Kämpfen und Auspersperungen dahinschmilzt wie Butter in der Sonne“. Diese Ansicht hat er erst erhalten nach Durchsicht meiner Wahrscheinlichkeitsrechnungen. Daß er aber in Rücksicht auf alles das meine Feststellung, daß wir im letzten Jahre nur eine Vermögenszunahme von 16 Pf. pro Mitglied zu verzeichnen hatten und 34 Pf. pro Mitglied von den Zinsen verbrauchten, und daß dieses Verhältnis noch ungünstiger wird, — daß er alles dieses damit zu entkräften glaubt, daß wir ja noch eine Vermögenszunahme insgesamt zu verzeichnen haben, das zeigt auch nicht gerade von Gründlichkeit und ist ein Widerspruch in sich. Kämpfer glaubt nun, die Verbandskasse dadurch zu stärken, daß die Unterstützungen, an „das derzeitige Verhältnis“ anlehnend, nicht progressiv gesteigert werden. Zu dieser Ansicht ist er auch erst gekommen nach Durchsicht meiner „wenig überzeugenden Wahrscheinlichkeitsberechnung“, und den Gedanken selbst hat er meinem Antrag vom letzten Verbandstag entlehnt, den er jedoch für „untauglich“ erklärt. Eine sonderbare Art der Kritik und Beweisführung.

Kämpfer „belehrt“ uns nun, was den Mitgliedern begreiflich gemacht werden muß: unter keinen Umständen irgendwelche Höherbelastung der Verbandskasse ohne entsprechende Erhöhung der Beiträge. Das habe ich schon vordem gesagt. An anderer Stelle fordert Kämpfer aber: „Entweder Erhöhung der Beiträge ohne gleichzeitige Erhöhung der Unterstützungen oder Herabsetzung der letzteren bei sich gleichbleibenden Beiträgen“. Das ist es, „bekräftigt Kämpfer, „was den Mitgliedern begreiflich gemacht werden muß, damit sie sich für einen der beiden Wege entscheiden.“ Es sind das zwar zwei sehr verschiedene, sich einander aufhebende Dinge, die den Mitgliedern begreiflich gemacht werden sollen, aber das ist nur einer der kleinen Konstruktionsfehler in der Kämpferschen Kritik, die nur Verwirrung anrichten können. Er ist aber überzeugt, daß, um den Mitgliedern diese zwei sich aufhebende Dinge begreiflich zu machen, es meiner Wahrscheinlichkeitsberechnungen nicht bedarf. Da hat er recht, weil Unmögliches nicht gut begreiflich gemacht werden kann. Aber etwas anderes haben meine Wahrscheinlichkeitsberechnungen schon bewirkt: Kollegen Kämpfer von seinen Illusionen zu heilen. Er war bei Auftauchen der 70 Pf.-Stafel mit den progressiv gesteigerten Unterstützungssätzen der felsenfesten Ueberzeugung — sogar nach „Wahrscheinlichkeitsberechnungen“ —, daß die Unterstützungen gut und gerne gezahlt werden können und die Verbandskasse dabei ein gutes Geschäft macht. Erst meine Wahrscheinlichkeitsberechnungen, die nach seiner Meinung überflüssig waren, brachten ihm den Seifensieder auf und bewirkten, daß er aus dem illusionären Nebel sich nach dem festen Boden zu entwickelte; ganz ist er noch nicht angelangt. Er ist sich selbst noch nicht einig, obwohl er seine Einigkeit in den verschiedenen Fragen mit allen einsichtigen Kollegen so ostentativ betont. Aber soweit hat er sich infolge meiner Wahrscheinlichkeitsberechnungen schon durchgemauert, daß er in der prozentualen Unterstützungsteigerung im Verhältnis zur Beitragssteigerung einen Fehler entdeckt, wodurch „die erzielten Mehrerinnahmen beinahe ganz wieder“ verschwinden würden. Vielleicht hat er auch noch die Kraft, sich noch weiter durchzumauern, um ganz auf festem Boden zu kommen, denn mit dem Ausweg zur Rettung der Spannung von 20 Pf. in den Beiträgen, wozu ihn meine Wahrscheinlichkeitsrechnung gebracht hat, ist die Sache nicht besser gemacht, weil der Ausweg eben dem Zweck dieser Spannung widerspricht. Es geht ihm wie dem Tier auf dürrer Heide, vom bösen Geist im Kreis herumgeführt, und rings umher ist schon grüne Weide. Hierbei aber kommt die Glanznummer der Kämpferschen Anpassungsfähigkeit zum Vorschein. Die ist außerordentlich zum Beherrschter befähigt über Dinge, die ihm ziemlich fremd zu sein scheinen. Er meint, daß der Verbandstag „die vorgeschlagene Progression der Unterstützungen nicht annehmen wird und kann, wenn er die Stärkung der Verbandskasse als Ziel sich setzt, und

darüber wird Kollege Ebel sicher mit sich reden lassen“. Da hat er dem Kollegen Ebel einen Bärendienst erwiesen. Bisher ist es gewerkschaftliche Gepflogenheit und Pflicht des Hauptvorstandes und namentlich des Vorsitzenden gewesen, sich die Stärkung der Verbandskasse als Ziel zu setzen, dafür mit allen Kräften einzutreten und Ansprüchen der Mitglieder entgegenzutreten, die dem entgegenstehen. Nach Kämpfers Meinung soll es umgekehrt sein: die Mitglieder bezw. ihre Vertreter auf dem Verbandstag sollen diese Pflicht übernehmen und zu weit gehende Unterstützungsvorschläge des Vorsitzenden, die die Verbandskasse schwächen, nicht annehmen, der Vorsitzende wird dann nach Meinung Kämpfers „sicher mit sich reden lassen“. Es würde dazu wohl noch der größten Ueberzeugungs- und Ueberredungskunst der Delegierten bedürfen, damit der Vorsitzende „mit sich reden läßt“, wie es nach der Kämpferschen Darstellung anzunehmen ist. Diese Art Gewerkschaftspolitik ist wohl ein neues Patent Kämpfers; wir haben alle Veranlassung, eine solche Gewerkschaftspolitik nicht einzuführen.

Von einsichtigen vorausschauenden Kollegen redet Kämpfer: den Vorsitzenden rechnet er nach seiner empfohlenen Gewerkschaftspolitik nicht dazu. Kämpfer selbst gehört faktisch nicht dazu. Erst jetzt findet er heraus, daß die Verbandskasse durch die Beschlüsse des letzten Verbandstages zu stark belastet ist; als vorausschauender Kollege hätte er es schon damals wissen müssen.

Kämpfer will an den bewährten Einrichtungen des Verbandes nicht allzuviel herumdoornen; er selbst empfiehlt aber die Doktor Eisenbart-Kur, die den Patienten umbringen kann, wenn nicht alsbald zur andern Heilmethode gegriffen würde. Er will auch nicht alle zwei Jahre neue Systeme einführen. Bequemer ist es ja, im alten fortzuwursteln, wenn es sich auch lange überlebt hat, und ein gut konservativer Mann sieht mit Recht darauf, daß alles hübsch beim alten bleibt und der „Umsturz“ ferngehalten wird.

Daß Kämpfer die von ihm befürworteten Staffelsätze der Beiträge mit Spannung von 20 Pf. gleichstellt „dem durchaus gesunden Gedanken einer progressiven Einkommensteuer, die wir ja auch in Staat und Gemeinde für die gerechteste Steuerart halten“, ist ein Treppentwisch der Weltgeschichte. Aber es gehört doch wirklich nicht viel dazu, zu begreifen, daß eine Spannung von 10 Pf. doch auch eine progressive Steigerung ist, und zwar eine solche, die die auch von Kämpfer erkannten „Unebenheiten“ im Unterstützungswesen gegenüber der Steigerung um 20 Pf. um die Hälfte beseitigt. Ob diese auch noch der Steuerart in Staat und Gemeinde entspricht, könnte uns herzlich gleichgültig bleiben, aber sicher tut sie es eher als das Kämpfersche Ideal. Denn in Staat und Gemeinde bestehen keine Steigerungen wie 3, 5, 7 oder 15, 25, 35, das könnte Kollege Kämpfer als Steuerzahler doch auch wissen.

Aber mein Antrag am letzten Verbandstag hat es ihm angetan, der nach seiner Meinung „untauglich“ ist, uns „aus dem Regen unter die Traufe bringen würde“, und bei dem ich in denjenigen Fester verfaße, daß auch ich „für Unterstützungen den letzten Groschen hingeben will“, denn die von mir vorgeschlagenen Unterstützungssätze gingen „in vielen Fällen über die derzeitigen hinaus“. Sonderbar ist dabei nur, daß Kämpfer 1910 für diesen Antrag eingetreten ist; er ist also wieder einmal sehr spät zur „besseren Einsicht“ gekommen zugunsten eines in jeder Beziehung untauglichen Antrages. Daß die Unterstützungssätze meines Antrages in vielen Fällen über die derzeitigen hinausgehen, ist Spiegelfechterei, die als solche sofort erkannt wird, wenn man sich ein wenig Mühe gibt, den Antrag zu prüfen. Bequemer ist allerdings eine solche beweislose Behauptung.

Kämpfer wünscht von mir, in erster Linie den Grundsatz zu propagieren, daß der wirtschaftlich Stärkere zur Erhaltung des Gemeinwesens mehr beitragen kann und soll als der wirtschaftlich Schwächere. Das habe ich getan, bevor Kämpfer selbst daran dachte, denn in seinem Verbandsrat hat er diesen Grundsatz nicht propagiert, wenigstens nicht in die Tat umgesetzt. Und nur Oberflächlichkeit kann behaupten, daß ich es jetzt nicht auch tue. Und die Erleuchtung über meine Pfennigrednerei, die die Kollegen sich nicht zu eigen machen sollen, ist Kämpfer erst in ganz neuester Zeit gekommen, lediglich zu dem Zweck, um das alte, überlebte Beitragssystem zu erweitern. Dieser Ansichtsumschwung ist also wirklich ein paar Schweifstropfen wert. Und dann sei noch erwähnt, daß Kämpfer nicht das geringste von Unzufriedenheit mit den Einrichtungen im Verbandsrat bei den Mitgliedern gemerkt hat — er sieht also die Anträge nicht —, trotzdem aber müht er sich im Schweitze seines Angesichts ab, Änderungen zu schaffen, damit „die Mitglieder sich ein Recht auf höhere Unterstützungen sichern können“.

Oberflächlich, voller Widersprüche, wohin man sieht. Diese und Kombinationen sind die „Tatfachen“, mit welchen Kämpfer operiert. Ein schlechter Antrag kann eben nicht mit guten und logischen Gründen belegt werden.

Anton, steck den Degen ein, er ist von Kämpfer!

F. Krieg.

Zur Polemik über den Verbandstag.

Der Kollege Gadapp findet es angebracht, in Nr. 22 der „Verbands-Zeitung“ seine Behauptung zu wiederholen, daß ich mit meinem Vorschlag, eine höhere Beitragsstaffel einzuführen, einer weiteren Verschmelzung die Wege ebnen wollte. Ich habe die sachlichen Gesichtspunkte, welche mich dazu veranlaßten, in Nr. 14 der „Verbands-Zeitung“ dargelegt und habe dem nichts hinzuzufügen. Ich möchte hier nur feststellen, daß es unter Kollegen nicht üblich ist, wenn an einer Behauptung festgehalten und sie wiederholt wird, trotzdem eine durch Tatsachen nicht zu erschütternde Erklärung abgegeben wurde, daß die Behauptung nicht zutreffend ist.

M. Ebel.

Streit in der Walzenmühle Rommel in Bisingen

Seit acht Tagen befinden sich die Arbeiter der Mühlenfirma C. Rommel in Bisingen im Ausstand. Für den Kenner der dortigen Verhältnisse ist dies ein außerordentliches Ereignis. Vor

menigen Jahren galt es noch für unmöglich, die dortigen Mühlenarbeiter für die Organisation zu gewinnen. Heute sind dieselben erfreulicherweise nicht nur in die Reihen moderner Arbeiter eingereicht; sie haben dank der Aufklärung seitens der Organisation erkannt, daß es unwürdig eines aufgeklärten Arbeiters sei, unter solchen Verhältnissen weiter zu vegetieren, und sind in den Kampf eingetreten. Diese einmütige Arbeitniederlegung dürfte auch der Firma Rommel etwas unerbötigt gekommen sein. Man hatte wohl nicht im entferntesten daran gedacht, daß die Arbeiter, nachdem alle Versuche der Organisation, eine friedliche Lösung der Angelegenheit herbeizuführen, gescheitert, tun würden, was übrig blieb: die Arbeit niederzulegen. Die Firma Rommel hat die Geduld der Arbeiter einer zu schweren Belastungsprobe ausgesetzt; sie hat die Arbeiter in den Streit getrieben. Waren die von den Arbeitern aufgestellten Wünsche ohnedies in den bescheidensten Grenzen gehalten, die Firma Rommel glaubte die Arbeiter ob ihrer Bescheidenheit noch verschönnen zu müssen. Lohnaufbesserungen von 1/2 Pf. bei einzelnen Arbeitern 1 Pf., bei weniger 2 Pf., die Mehrzahl der Arbeiter sollte vollständig leer ausgehen, schienen der Firma Rommel angebracht, ihren Arbeitern bieten zu können. Dabei sind die derzeitigen Löhne wahre Hungerlöhne, die in dem ostelbischen Weiden nicht schlechter sein können. 3 bis 3,20 Mk. für Lagerarbeiter, bis 3,80 Mk. für Walzenführer erscheinen der schwerreichen Firma Rommel zur Ernährung einer Familie vollständig ausreichend. In keinem Mühlenbetrieb Süddeutschlands werden derart niedrige Löhne gezahlt. Dabei ist der Rommelsche Betrieb die größte und leistungsfähigste Mühle in Württemberg und zudem ein modern ausgestatteter Großbetrieb.

Genau wie es mit der Bezahlung der Arbeiter bestellt war, ist es in allen anderen Punkten des bisherigen Lohn- und Arbeitsvertrages bestellt, so daß das Vorgehen der Kollegen tatsächlich als Kulturakt bezeichnet werden muß. Gerade die traurigen Verhältnisse bei der Firma Rommel hinderten die Kollegen in dem anderen Betriebe Württembergs an einem Vorwärtsschreiten.

Die streikenden Kollegen sind nun aber auch gewillt, den ihnen aufgedrungenen Kampf bis zur letzten Konsequenz durchzuführen. Alle Maßregeln der Firma, die Kollegen munkelmäßig zu machen, werden an der Solidarität der Streikenden zunichte werden. Auch der Coup der Firma, die Arbeiter aus den Werkwohnungen zu vertreiben, war ein Schlag daneben. Kollegen allerorts, meidet daher Bisingen, dann muß der Sieg unser werden. B. A.

Bewegung im Berufe.

Zuzug ist fernzuhalten nach folgenden

Brauereien:

Balingen, Adlerbrauerei.

Malzfabriken:

Ludwigshafen, Malzfabrik Schoeffler u. Co.

Mühlen:

Bisingen (Würtbg.), Walzenmühle.

Homburg (Pfalz), Mühlenwerke.

Knauffelsberg, Mhl. Feinmer.

Wiesbaden, Steinmühle.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

Brauereien.

† Ansbach. Tarifabschluß mit den Ringbrauereien. Am 13. Mai wurde der neue Tarif unterzeichnet. Reichlich viel Zeit hat die diesmalige Lohnbewegung bis zum friedlichen Abschluß gekostet, mit Zähigkeit und Ausdauer hielten beide Teile an ihren Vorschlägen fest und mehr wie einmal drohten die Verhandlungen zu scheitern.

Daß es nicht zum äußersten kam, ist nicht zum wenigsten der mustergültigen Einheitsorganisation am Orte zu verdanken, sind doch 98 Proz. der Beschäftigten im Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter organisiert, und an Kampfesstimmung hat es bei den Arbeitern nicht gefehlt.

Auf unseren eingereichten Tarifentwurf antworteten die Arbeitgeber mit einem Gegenantrag, den sie uns allerdings erst bei der ersten Unterhandlung unterbreiteten. Wir erklärten dann auch sofort, nachdem wir Einsicht in den Tarif der Brauereien genommen hatten, daß auf dieser Grundlage, wie sie die Brauereien schaffen wollen, jede Verständigung ausgeschlossen sei. Die am Abend stattgefundene Versammlung lehnte denn auch diesen Tarif einstimmig ab.

Im Vertrag der Brauereien sollte eine 10 1/2 stündige Arbeitszeit während einer 13 stündigen Schicht festgelegt werden, außerdem war die Bestimmung über die Präsenzzeit der Bierfahrer so beschaffen, daß von einer bestimmten Anwesenheitspflicht nicht mehr die Rede sein konnte. Der § 1. Arbeitszeit, hatte folgenden schönen Schlußsatz: „Während der Arbeitszeit haben alle Arbeitnehmer ihre volle und ganze Kraft ununterbrochen zur Arbeit einzusetzen und größten Fleiß und Aufmerksamkeit an den Tag zu legen. Zuwiderhandlungen können mit Entlassung bestraft werden.“ Wir halten es für selbstverständlich, daß jeder organisierte Arbeiter im Betriebe die ihm übertragene Arbeit pflicht- und ordnungsgemäß erledigt, und deshalb halten wir eine solche Bestimmung, die von einzelnen Vorgesetzten zur Schikane benutzt werden könnte, für überflüssig. Also schon bei der Arbeitszeit gingen die Meinungen der Arbeitgeber und der Vertreter der Arbeiter sehr weit auseinander, und wenn auch die Brauereien wußten, daß eine 10 1/2 stündige Arbeitszeit für uns unannehmbar sei, so wollten sie doch unter keinen Umständen eine kürzere als die zehnstündige Arbeitszeit zugestehen. Dieses Prinzip der zehnstündigen Arbeitszeit hat nun auch in Ansbach ein Loch bekommen, denn nach 2 Jahren wird die Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden laut Tarif gekürzt, die Sonn- und Feiertagsarbeit um eine halbe Stunde. Außerdem wurden die Bestimmungen über die Arbeitszeit an Sonn- und Wochentagen klar und präzis im neuen Vertrag niedergelegt.

Ein weiteres Streitobjekt war die Lohnfrage. Die Arbeitgeber mühten ihre ursprünglichen Vorschläge ganz erheblich erweitern. Gegen die Lohnsätze, wie sie die Brauereien einführen wollten, wurden die Mindestlöhne für alle Kategorien um 2 Mk. erhöht, und beträgt die Mindestauf-

besserung während der Vertragsdauer 3 Mk. für alle Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Nebenstundenentlohnung wurden um 5 Pf. erhöht, das Vierzehnjährige an Sonntagen für Landfahrer besser geregelt, die Sonntagsjour um 1 Stunde verkürzt. In der Freizeitsfrage wurde neu eingeführt, daß die Arbeiter täglich 2 Liter Bier mit nach Hause nehmen können.

Abgewehrt wurde weiter auch die seitens der Brauereien beabsichtigte Verschlechterung in bezug auf die Entschädigung in Krankheitsfällen. Sie wollten die Entschädigung nicht, wie bisher, vom Tage der Erkrankung an auf die Dauer von vierzehn Tagen durch Bezahlung der Differenz zwischen Krankengeld und Lohn zahlen, sondern erst vom vierten Tage ab, und im Jahre nur einmal. Auch da mühten die Herren sehen, daß dieser Plan nicht durchführbar war, obwohl wir die Bestimmung klarer wie im alten Vertrag vereinbarten, ist eine Verschlechterung nicht eingetreten. Eine Reihe von anderen Bestimmungen wurden noch zugunsten der Arbeiter genau umrissen. Wenn wir bei dem Ergebnis dieser langwierigen Tarifverhandlungen nicht bloß den jetzigen Erfolg, sondern die systematisch durchgeführten Verbesserungen betrachten, welche wir mit Hilfe der Organisation seit wenigen Jahren erreicht haben, so können wir mit dem Tarifabschluß zufrieden sein. Der Erfolg ist für die Ansbacher Kollegen um so höher anzuschlagen, weil er trotz der großen Schwierigkeiten in friedlichen Unterhandlungen erreicht wurde. Gewiß, wir brauchen bei der guten Organisation auch vor den äußersten Konsequenzen nicht zurückzuschrecken, aber bei der ganzen Sachlage darf nicht verkannt werden, daß ein Streit doch manchen Glanz zurückgelassen hätte, den dieser und jener Kollege hätte zu fühlen bekommen, denn die Gegenstände wären dann aufs äußerste verschärft worden. Der gedeihliche Friede kann von uns um so mehr geschätzt werden, weil die Brauereien unseren Forderungen, wenn auch zögernd, sogleich Entgegenkommen gezeigt haben, daß eine Einigung möglich war.

Hoffen wir, daß die Ansbacher Kollegen auch weiterhin ihren ganzen Stolz darin sehen, den letzten Brauereiarbeiter dem Verband zuzuführen. Das ist dann die beste Gewähr für zukünftige Erfolge und für die strenge Einhaltung des Vertrages.

† Blankenburg. Tarifabschluß. Die Gluckaufbrauerei, welche als Aktienbrauerei unter der Leitung des Herrn Direktor Sommerich manche Wandlung durchgemacht, ist jetzt Genossenschaft. Nachdem voriges Jahr der Tarif erneuert und das Jahrespersonal mit eingeschlossen war, wurden 2 Mk. Lohnerhöhung für dasselbe erreicht. Dieses Jahr wurde der Tarif gekündigt und nach längeren Verhandlungen ein neuer Vertrag vereinbart. Erreicht wurden: Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde täglich, Erhöhung der Nebenstundenentlohnung um 10 Pf., Bezahlung der Sonntagsarbeit mit 70 Pf. pro Stunde (bisher wurden drei Stunden unlohnig gearbeitet), Erhöhung des Einstellungslohnes um 4 Mk., Bezahlung des Fahrlohn an Sonntagen sowie wochentags nach 6 Uhr, Erhöhung des Urlaubs von 3 auf 6 Tage und noch sonstige Vergünstigungen. Im allgemeinen beträgt die Lohnerhöhung 2 Mk. pro Woche.

Daraus können die Kollegen sehen, wie notwendig eine einheitliche Organisation ist. Es soll jeden anspornen, den letzten Mann auch in den Vierneckerlagen für die Organisation zu gewinnen.

† Guben. Tarifvertrag. Die am 1. Mai d. J. abgelaufenen Tarife der Brauereien Haselbach, Kröll und Genossenschaftsbrauerei wurden auf weitere drei Jahre neu abgeschlossen und dabei folgende Verbesserungen erzielt:

Die Arbeitszeit wird in allen drei Betrieben im Sommerhalbjahr um 1/2 Stunde gekürzt. Die Einstellungslohne steigen in der Brauerei Haselbach sofort um 2 Mk. und vom 1. November 1913 ab abermals um 1 Mk., der Höchstlohn um 3 Mk. Bei der Genossenschaftsbrauerei und der Brauerei von Kröll steigt der Einstellungslohn sofort um 1,25 Mk. und vom 1. November 1913 ab abermals um 75 Pf., der Höchstlohn um 2 Mk.

Durch Abschluß dieses Vertrages sind die Gubener Kollegen wiederum in der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage einen kleinen Schritt vorwärts gekommen. Aufgabe der Kollegen muß es nunmehr sein, während der Tarifdauer die Organisation auszubauen und machtvoller zu gestalten. Was übrigens den Kollegen der gesamten Lausitz warm zu empfehlen ist, da die Verhältnisse der Brauereiarbeiter in der Lausitz mit zu den schlechtesten Deutschlands gehören.

† Hameln. Tarifabschluß. Mit der Hamelner Bierbrauerei-Gesellschaft, vorm. Vereinsbrauerei, wurde ein neuer Tarif vereinbart. Erreicht wurde Arbeitszeitverkürzung pro Tag 1 Stunde im Sommerhalbjahr, Lohnerhöhung von 2-4 Mk. pro Woche, höhere Bezahlung der Nebenstunden und Sonntagsarbeit, auch für Vierzehnjährige, Urlaub von 3 bis 6 Tagen und sonstige Vergünstigungen.

Hoffentlich sehen die Kollegen den Wert der Organisation auch nun dauernd ein. Bereits 1907 wurde ein Tarif abgeschlossen. Nachdem glaubten aber die Arbeiter, daß sie nun keine Organisation mehr brauchen. Die Folge war, daß die neue Firma den Tarif auch nicht mehr einhielt. Hoffentlich tritt das nicht wieder ein.

Auch in der Gesefabrik Emmertal haben wir bereits dieses Frühjahr bis zu 3 Mk. Lohnerhöhung herausgeholt, in beiden Betrieben nach kurzer Organisationszugehörigkeit. Das müßte doch für die Arbeiter der Hamelner Gesefabrik sowie der Brauerei Förster u. Brede ein Ansporn sein, sich auch vollständig einer einheitlichen Organisation anzuschließen, damit auch da endlich einmal andere Verhältnisse geschaffen werden können.

Vor allem an die Arbeiterschaft der Beyer mühle möchten wir bei dieser Gelegenheit nochmals den Appell richten, sich doch endlich von der Lausitz zu befreien und der Organisation wieder beizutreten, damit auch da moderne Verhältnisse Platz greifen, damit die Kollegen wenigstens in 10 Stunden sogleich bekommen, wie unter den heutigen Verhältnissen unbedingt nötig ist, und nicht 16 und 18 Stunden und noch eine 7. Schicht arbeiten müssen, um nur einigermaßen einen Lohn zu bekommen.

† Haslach in Baden. Die Kollegen der Brauerei Haslach sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Löhne betragen noch 80, 85, 90 Mk. pro Monat. Im badischen Schwarzwald kann man damit nicht mehr auskommen. Auch die Arbeitszeit ist nicht zu kurz bemessen. Den eingehenden Tarif könnte die Brauerei Haslach wohl annehmen. Sie hat aber die Sache dem Syndikus Dr. Witte in Freiburg übergeben, der es mit Unterhandlungen gar nicht eilig hat. Dieser Syndikus ist ja bei den Brauereiarbeitern in Baden hinreichend bekannt. Auf eine Verschleppungsschlacht werden sich aber die Kollegen in Haslach nicht einlassen, und wenn dabei die Brauerei Unannehmlichkeiten hat, so mag sie sich bei ihrem juristischen Beirat bedanken.

† Osnabrück. Tarifvertrag. Nach mehreren langwierigen Verhandlungen ist es gelungen, den Tarifvertrag für die Osnabrücker Aktienbrauerei zu erneuern. Die Schwierigkeiten bei diesem Abschluß bestanden in der Hauptsache darin, daß von Seiten des Syndikus, Rechtsanwalt Schmidt, von der Norddeutschen Brauereivereinigung, welcher die Osnabrücker Brauerei angehört, alle Fragen, die eine Änderung des Vertrages bezweckten, als Prinzipienfragen gestempelt wurden. Als wir trotz aller dieser Schwierigkeiten schon ein erhebliches Stück in der Verhandlung weiter gekommen waren, so daß einer Verständigung nicht mehr viel im Wege stand, da wußte der Syndikus die Frage des Ablauftermins in die Debatte, die er wiederum als Prinzipienfrage behandelte und von der er den Abschluß des Vertrages überhaupt abhängig machte. Es ist erklärlich, daß die Arbeitervertreter über das Anfechten, den Tarifablaufstermin vom Frühjahr in den Herbst zu verlegen, aufgebracht wurden, zumal auch gar kein ersichtlicher Grund für eine solche Verlegung ins Feld geführt werden konnte. Zudem weigerte sich der Syndikus überhaupt, diese Maßnahme zu begründen; worauf ihm dann von den Arbeitervertretern ungeschminkt die Wahrheit gesagt wurde über die Absicht, die er verfolgte, daß er möglichst alle Tarifverträge an ein und demselben Tage ablaufen lassen wolle wie im Industriegebiet (30. September 1914). Trotzdem doch gerade hier im östlichen Westfalen die weitesten Tarifverträge im Frühjahr resp. im Sommer ablaufen. Als er sah, daß wir keinen schonen Plan durchschauten, da wurde er derart aufgeregt, daß er mit der Feder um sich warf, welche nach mehreren Saltomortales im Tische stecken blieb. Es dürfte deshalb nicht unangebracht sein, ob die Arbeitervertreter nicht erwägen müssen, daß sie das nächstemal bei Verhandlungen mit Gummimanteln und Leuchertappen erscheinen, um eventuellen Verletzungen zu entgehen. Als sich dann die Aufregung gelegt hatte, da erklärte uns Herr Rechtsanwalt Schmidt, daß er nicht mehr in der Lage sei, weiter zu verhandeln! Die nächste Verhandlung fand dann in Osnabrück statt; an dieser Verhandlung nahm auch der Kollege Ebel teil, sowie von Seiten der Firma der Braumeister. Wir erwähnen den letzteren deshalb, weil von Seiten des Syndikus, wie immer auch diesmal wieder versucht wurde, die Arbeiter der einzelnen Gruppen in Mißtraut zu bringen, indem er die Arbeiter als spielend leicht bezugete; besonders hat er es ja auf die Bierfahrer abgesehen, die in seinen Augen den Faulenzen gleichzustellen sind. Wir haben ihm schon des öfteren zu verstehen gegeben, daß er von Brauereiarbeitern sogleich verhafte, wie ein Esel vom Lautenicklagen; diesmal aber erhielt er die Abfuhr von dem anwesenden Braumeister selbst, der ihm sagte, er habe sehr gute Arbeiter und sei mit ihnen zufrieden.

Die Verhandlung über den eigentlichen Inhalt des Vertrages wickelte sich verhältnismäßig glatt ab; die Firma kam in allen Punkten den Wünschen der Arbeiter entgegen. Selbst die belächelte Verschlechterung, die der Syndikus in die erneuerten Verträge hineinschmuggeln will, nämlich: daß für die ersten 3 Krankheitsstage die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld nicht gezahlt werden soll, unterblieb. Aber der Pferdeschuh kam nach. Am Schluß der Verhandlung erklärte der Syndikus, daß der bisherige 1. April als Ablaufstermin nicht mehr in Frage komme, sondern der 30. September, und zwar der 30. September 1914. Diesmal war es nun mit der Ruhe des Kollegen Ebel vorbei. Er erklärte dem Rechtsanwalt unterblümt, wir ließen uns von ihm nicht diktieren, wann die Tarifverträge abzulaufen haben, was es kommen wie es will. Der Rechtsanwalt verzögerte sich hinter seiner jamosen Tarifkommission, ohne die er über den festgelegten 30. September eine Änderung nicht lassen könne; er sei aber bereit, nochmals mit der Direktion Rücksprache zu nehmen. Nicht lange darauf wurden auch die Arbeitervertreter in das Bureau der Direktion gerufen. Der ganze Inhalt des Vertrages wurde nochmals durchgenommen und in den einzelnen Punkten aufklärend besprochen. Bei der Frage, ob zwei- oder dreijährige Dauer des Vertrages akzeptiert würde, erklärte Kollege Ebel: „Weißt der Ablaufstermin wie er jetzt ist (1. April) besteht, dann schließen wir auch auf 3 Jahre ab.“ Daraufhin jagte der Herr Direktor: „Das ist sehr vernünftig, Herr Ebel.“ Dieser Ausspruch zeigt uns, daß von Seiten der Direktion eine Änderung des Ablauftermins nicht gewünscht wurde, sondern daß es lediglich ein Diktum des Syndikus und seiner jamosen Tarifkommission ist, die stets hinter verschlossenen Türen tagt, um nicht ertannt zu werden, aber doch so bekannt ist. Ob nun die Brauereien sich dem Willen dieser Leuchten auch in Zukunft beugen, wird man ja sehen; ebenso, wenn es zum Nutzen oder Schaden gereicht.

Am 4. Mai erhielten wir ein Schreiben, indem uns mitgeteilt wird, daß die Tarifkommission am 30. September festhalte. Diesem Schreiben folgt der Nachsatz: Die Tarifkommission steht auf dem Standpunkt, daß ein früherer Ablaufstermin nur direkt in Ihrem Interesse liegt; denn nach unserem Vorschlag haben Sie Gelegenheit, bereits nach 2 1/2 Jahren neue Vorschläge bezüglich Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu machen, während nach Ihrem Vorschlag Sie dazu erst nach drei Jahren in der Lage sind. Entweder wollte uns die Tarifkommission verschüchtern, oder hielt sie uns für so naiv, daß wir auf solche Leimrute raufstiegen sollten? Eine am 8. Mai abgeschaltene Versammlung akzeptierte den Inhalt des Tarifvertrages, lehnte aber eine Änderung des Ablauftermins einstimmig ab. Bei einer nochmaligen Verhandlung mit dem Syndikus wurde dann die Frage des Ablauftermins in der Weise gelöst, daß der Tarifvertrag dreijährig gültig ist. Sollte aber bei den nachfolgenden Tarifabschlüssen ein allgemeiner Ab-

laufstermin für das östliche Westfalen festgelegt werden, so gilt dieser Termin auch für die Osnabrücker Aktienbrauerei, wenn der Ablaufstermin ein halbes Jahr vor dem 1. April oder ein Vierteljahr nach dem 1. April 1915 fällt. Dadurch war auch diese Klippe umschifft, und wurde der Vertrag unterzeichnet.

Die Verbesserungen sind folgende: Die effektive Arbeitszeit wurde für das Winterhalbjahr um 1/2 Stunde gekürzt, ebenso die Präsenzzeit um 1 Stunde im Winter und um 1/2 Stunde im Sommer; die Arbeitszeit beträgt somit 9 resp. 9 1/2 Stunden. Die Arbeitszeit im Sudhaus wurde um 1 Stunde gekürzt. Der Beginn der Arbeitszeit für Bierfahrer ist mit dem der inneren Betriebsarbeiter gleich; sie endet im Winter um 6 Uhr, im Sommer um 7 Uhr abends; die Arbeiter nach dieser Zeit werden als Nebenstunden bezahlt. Die Löhne der Brauer, Köchler und Maschinenisten erhöhten sich um 2 Mk., die der Heizer, Handwerker und Hilfsarbeiter um 2,50 Mk., die der Bierfahrer um 3 Mk. pro Woche. Die Nebenstundenentlohnung erhöhten sich um 5 Pf. für Sonn- und Wochentage pro Stunde. Die siebente Schicht des Wochenlohnes bezahlt, desgleichen eine Pauschale von 2 Mk. pro Woche für nicht eingehaltene Mittagspausen. Die Nachschicht der Maschinenisten und Heizer an geschäftlichen Feiertagen wird mit 4 Mk. bezahlt. Die Dujour wird mit 4 Mk. vergütet. Das Füttern der Pferde am Morgen wird abwechselnd von den Bierfahrern mit verrichtet und erhalten sie dafür eine Vergütung von 1 Mk. pro Woche. Für die Bierfahrer wurden auch noch Verbesserungen in bezug auf Zulassung getroffen. Der Urlaub erhöht infolge einer Verbesserung, weil derselbe bei einer kürzeren Beschäftigungsdauer gewährt wird, somit kommen die Arbeiter früher in den Genuß des Hochsturlaubs.

Die Erfolge sind gute und an dem Kollegen wird es liegen, das Erreungene hochzuhalten. Den Arbeitern der Brauereien, Mülhern und Bierdepots ist zu empfehlen, sich an den Brauereiarbeitern ein Beispiel zu nehmen, dann werden sie zu der Erkenntnis gelangen, daß nur durch eine gute Organisation solche Erfolge erzielt werden können. Deshalb rufen wir Euch zu: Schließt Euch dem Verband an; dann wird es auch möglich sein, Eure kostlose Lage zu bessern!

† Mastst. Vaggenau. Der Tarifvertrag läuft am 1. Juni ab. Neue Forderungen sind eingereicht und haben die Brauereien diesmal den Syndikus in Karlsruhe mit den Unterhandlungen betraut. Dadurch wird die Sache in die Länge gezogen. Die Brauereien hätten aber alle Ursache, sich den Verhältnissen anzupassen. Seit zwei Jahren haben sie schon die erhöhten Bierpreise eingestakt. Jetzt sollte man doch den Arbeitern etwas mehr Entgegenkommen zeigen. Die Brauereiarbeiter von Mastst. müssen sich eben mehr um die Organisation kümmern, dann wird es schneller gehen. Ohne eine gute Organisation ist noch nirgends ein guter Tarifvertrag zustande gekommen, denn freiwillig gewährt heute keine Brauerei höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit. Die Brauereien haben sich dem Verband der Brauereien von Karlsruhe angeschlossen. Ein Teil der Arbeiter hat es aber noch nicht für nötig gefunden, sich zu organisieren. Sie wollen ernten, ohne gesät zu haben.

Mühlen.

† Leipzig-Quantfleberg. Zu den Differenzen in der Mühle Quantfleberg ist zu berichten, daß nur die vor dem gangbaren Werk beschäftigten Müller die Arbeit niedergelegt haben, und zwar ohne vorher Rücksprache mit der Ortsverwaltung zu nehmen. Dieser Schritt ist, wenn auch nicht gutzuheißen, doch verständlich, wenn die provokatorische Handlungsweise, die Herr Festner, der Unternehmer, seinen Arbeitern zuteil werden ließ, in Betracht gezogen wird. Die verheirateten organisierten Arbeiter wurden wegen schlechten Geschäftsganges mit verkürzter Arbeitszeit und bedeutend herabgesetzten Löhnen beschäftigt, während junge ledige Leute voll beschäftigt wurden. Als Herr Festner auf diese Handlungsweise hingewiesen wurde, antwortete er im schroffen Ton: „Da lasse ich mir nichts hineinreden, das mache ich, wie ich will.“ Die in solcher Weise provozierten Müller stellten darauf die Arbeit sofort ein. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesem Betriebe sind, wie allgemein bekannt, schon immer die denkbar schlechtesten in Leipzig und Umgebung gewesen. Die Arbeiter waren gezwungen, um diese Lohnverhältnisse etwas zu verbessern, jedesmal zum Streit zu greifen. Auch im vorigen Jahre, bei der allgemeinen Lohnbewegung in den Mühlen von Leipzig und Umgebung, war es Herr Festner, welcher nichts bewilligte und seine Arbeiter damit kränkte, daß er sie fragte, ob sie nicht bald wieder streiken wollten? Bei jeder Gelegenheit war es Herrn Festner darum zu tun, durch sein Vorgehen die organisierten Arbeiter zu treffen und aus seinem Betriebe hinauszuekeln. Was wohl damit zusammenhängt, daß Herr Festner als Oberhauptschmied in der Mühlenindustrie gilt. Wäre Herr Festner seinen Leuten auch nur etwas entgegengekommen, würde auch sein Geschäftsgang nicht so daniederliegen.

Korrespondenzen.

Rfzheim. Am Samstag, den 11. Mai, fand unsere Monatsversammlung statt. Kollege Hilz-Karlsruhe referierte über die Anträge zum Verhandlungstag. Mit feiner Ausführlichkeit erklärten sich die Kollegen einverstanden. Für in bezug auf die Errichtung eines Ferienheims sprach sich Kollege Eiberger dahingehend aus, daß die Errichtung eines Ferienheims mit großen Kosten verbunden sei und von den meisten Kollegen unserer Organisation nicht benutzt werden würde, denn mit 3-6 Tage Urlaub wäre die Zeit zu kurz, um das Ferienheim zu besuchen. Somit könnte von einer Zeit zum Ausruhen keine Rede sein und die Kollegen würden lieber zuhause ihre Ruhezeit genießen. Hierauf wurde gegen das Verhalten der Brauerei Aktive lebhaft protestiert, deren Vorgehen in bezug auf Lohnabzüge über die Grenzen unseres Tarifes hinausgeht. Es wurde der Beschluß gefaßt, sofort die Sache dem Syndikus zu unterbreiten und auch das Gewerkschaftskarteil zu verständigen. Nun darf man nicht einmal die Arbeiterfreundlichkeit des Herrn Ketterer an zweifeln! Siegen-Marienberg. Eine arbeiterfreundliche Firma ist die Brauerei Frie in Marienburg bei Siegen. Nach-

dem in diesem Betrieb erst kurz vor Weihnachten, dem Fest der Liebe, an die organisierten Kollegen das Ersuchen gerichtet wurde, aus dem Verband auszutreten, hat dieselbe Firma das gleiche Mandat auch jetzt wiederholt. Damals lehnten die Kollegen das Verlangen des Herrn Zrle ab und wurden kurzerhand entlassen. Es handelte sich größtenteils um Kollegen, die schon lange Jahre im Betrieb beschäftigt waren.

Nach diesem Vorfall wurde die Sperre über den Betrieb verhängt, mußte jedoch aufgehoben werden, weil sich genügend Arbeitswillige einfanden. Nach dem Aufheben der Sperre zogen, wenn auch ohne Absicht des Herrn Zrle, wieder organisierte Kollegen in diesen Musterbetrieb ein.

Vor einigen Tagen fragte nun der Herr S. Zrle einen Kollegen, ob er im Verband sei; betreffender bejahte dies. Darauf meinte der Herr Zrle, er solle doch in einen nationalen Verein gehen. Als dieser Kollege vor einigen Tagen nun die Stelle von selbst preisgab, wurde er nach dem Grund seines Austritts gefragt. Antwort: „Wenn ich nicht von selbst gehe, fliege ich ja doch raus.“ Darauf der Herr S. Zrle: „Wenn Sie mir das Versprechen geben, aus dem Verband auszutreten, können Sie ja hier bleiben.“ Dieser Kapitalist hat jedenfalls Angst, wenn die Kollegen der Organisation angehören, doch einmal höhere Löhne bezahlen zu müssen, als es bis jetzt der Fall ist, und er infolgedessen den Harmonie nicht mehr in dem Maße anhäufen könnte als bisher. Derselbe Herr kann es sich wohl erlauben, von dem Gelde, welches die Arbeiter in saurem Schweiß für ihn verdienen müssen, kostspielige Reisen nach Messina zu unternehmen; diejenigen aber, die ihm dies durch ihre angestrengte Arbeit ermöglichen, können bei den paar Groschen, die sie verdienen, ihr ganzes Leben lang nicht daran denken. Daß der Herr Zrle die Organisation für immer von seinem Betrieb fernhalten kann, glaubt er doch wohl selbst nicht. Aber die Kollegen sollten diesem Herrn einen Strich durch die Rechnung machen und sich alle der Organisation anschließen, damit auch für sie einmal bessere Zustände geschaffen werden. Das beste Zeichen, wie die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind, ist wohl, daß auch die Hausfrauen vom letztenmal, außer einem, diesem Betrieb wieder den Rücken gekehrt haben. Im übrigen wird es ja wohl an Herrn Zrle selbst liegen, ob er mit seinen Arbeitern in Frieden leben oder seine Brauerei zum Taubenschlag machen will. Falls dieser Herr auf seinem Standpunkt bestehen bleiben sollte, die Organisation zu vernichten, werden wir in unserem Organ immer noch Platz haben, ihn in den richtigen Farben zu schildern.

Einen guten Helfer in seinen Bestrebungen hat Herr Zrle in seinem Oberburschen Valentin Lehr, auch dieser ersuchte die Kollegen, aus dem Verband auszutreten. Vielleicht findet auch seine Kapitalisten-Giltsstellung einmal den verdienten Lohn.

Stettin. In der Versammlung am 9. Mai erstattete Kollege Volbt den Bericht über die Tarifverhandlungen mit der Züllschower Mühle. Bewilligt wurde seitens der Direktion eine Lohnzulage von 1,80 Mk. pro Woche. Eine schriftliche Anerkennung des Tarifes wurde aber von Seiten der Mühlenbarone strikt abgelehnt. Die Mühlenarbeiter haben seit dem Zusammenschluß mit den Brauereiarbeitern 1910 eine durchgängige Lohnzulage von 4,80 Mk. pro Woche erzielt. Die Züllschower Mühlendirektion wird hoffentlich auch noch einmal zu der Einsicht kommen, einen schriftlichen Vertrag anzuerkennen, um einheitliche Arbeitszustände in ihrem Betriebe zu erreichen. In Jansenitz sind die Kollegen bei dem Mühlenbesitzer Steffen bei uns organisiert. In einer Versammlung am 26. April wurde auch über Lohnforderungen gesprochen. Dieses bekam Herr Steffen zu hören und drohte er mit Entlassung. Nachdem die Kollegen in einer späteren Versammlung energischer wurden, was Herrn Steffen auch hinterbracht wurde, bewilligte er freiwillig eine Lohnzulage von 50 Pf. pro Tag. Damit erklärten sich die Kollegen einverstanden. Dies ist der zweite Erfolg in der Mühlenindustrie-Pommerns. Mit der Brauerei Ruppertmann und der Bierniederlage von Joh. Bloch in Stargard ist ein mündlicher Vertrag abgeschlossen, welcher den dort beschäftigten Kollegen eine Lohnzulage von wöchentlich 2 Mk. und eine Arbeitszeitverkürzung von täglich 1/2 Stunde einbringt. Ebenso wird dort in Zukunft der § 616 des B. G. B. anerkannt werden. Mit der Brauerei Bohrisch, Abteilung Schwedt, wurde gleichfalls ein mündlicher Vertrag festgesetzt, welcher für die dort in Betracht kommenden Kollegen eine Zulage von 1 Mk., steigend bis 4 Mk. pro Woche, und 1/2 Stunde Arbeitszeitverkürzung festlegt. — Ein gutes Stück Arbeit auf diesem Gebiet liegt damit wieder hinter uns und es liegt jetzt nur an den Kollegen selbst, durch straffes Zusammenhalten mit der Organisation das Errungene zu erhalten. Unter Verbandsangelegenheiten wurden die Zustände in der Brennerei C. Lefebvre gerügt, die in der dortigen Mälzerei herrschen. Durch Aufsteigen auf ein heißes Dampfrohr ist der Arbeiter gezwungen, einen Riemen auf die Transmissionsmission aufzulegen. Gegen diese gefährliche Arbeit mußte die Gewerbeinspektion einschreiten.

Rundschau.

Aus der Brauindustrie.

Ostpreussischer Terror. Im geeigneten Lande der Feudalen, in Ostpreußen, ist der Terror nicht allein Spezialität dieser Herrenmenschen, auch die Industrieherrn tun es ihnen darin gleich. In Jüterburg war es gelungen, die Brauereiarbeiter zu organisieren. Bei den dort üblichen Löhnen war es verständlich, daß die Arbeiter durch ihre Organisation alsbald Forderungen stellten. Da kamen sie aber schon an. Der Direktor des böhmischen Brauhaus' rief „eine“ Arbeiter zusammen und machte bekannt, daß sie 1 Mk. pro Woche Zulage erhalten, diese sollte aber einbehalten werden bis zum 1. Oktober. Als die Leute damit nicht zufrieden waren, flogen vierzehn Mann aufs Pflaster. Eine Verhandlung mit dem Bezirksleiter des Brauereiarbeiterverbandes wurde abgelehnt. Im Deutschen Brauhaus wurden die Leute aufgefordert, aus dem Verband auszutreten. Im Bürgerlichen Brauhaus stellten die Arbeiter geschlossen die Arbeit ein, als jede Verhandlung abgelehnt worden war. Dies bewirkte, daß einige Zugeständnisse gemacht wurden. Am Tage nach der Arbeitsaufnahme aber wurden Maßregelungen vorgenommen: drei Mann

flogen aufs Pflaster, und von den übrigen wurde Austritt aus der Organisation verlangt. Und damit dies auch tatsächlich geschehe, erhielt der Bezirksleiter des Brauereiarbeiterverbandes folgendes Schreiben der Betriebsleitung: „Einliegend übersenden wir Ihnen 27 Kündigungsschreiben unserer nachbenannten Arbeiter resp. Arbeiter zum sofortigen Austritt aus Ihrem Verband. (Folgen die 27 Namen.)

Beigelegt waren 27 gleichlautende in der Brauerei fotografierbare Erklärungen:

„Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen mit dem heutigen Tage.“ (Unterschrift.)

Durch diesen Terror glaubt man die Organisation ausrotten und die alten feudalen Arbeitsverhältnisse aufrecht erhalten zu können. Das wird nicht gelingen. Aber für die Sammler der Terrorismuskasse ist dieser Fall sicher sehr willkommen zum Beweis für den Terrorismus der Arbeiter.

Wir sind nur neugierig, wie der Staatsanwalt diesen Terrorismuskasse bewerten wird: als Nötigung oder Erpressung.

Aus der Mühlenindustrie.

Unserer Organisation das Wasser abgraben will der Arbeitgeberverband der sächsischen Mühlenindustrie, indem er eine Arbeiterunterstützungskasse ins Leben rufen will. Die Beiträge sollen denen unseres Verbandes entsprechen, sie sollen aber zur Hälfte vom Unternehmer bezahlt werden. Auf diese Weise will man unseren sächsischen Kollegen die in unserem Verbands üblichen Unterstützungen sichern und hofft, daß kurzlichige Kollegen dann der Organisation den Rücken kehren und auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch den Verband verzichten sollen. Das wäre auch schließlich gar kein übles Geschäft für die — Unternehmer. Sie bezahlten 25 Pf. Beitrag in die Unterstützungskasse pro Woche, umgaben sich damit mit dem Scheine des „Wohltäters“ und behielten in der Tasche die verschiedenen Markstücke, die sie an Mehrlohn pro Woche infolge der Tätigkeit der Organisation zahlen müssen, ganz zu schweigen von der Verkürzung der Arbeitszeit, Gewährung von Ferien und ähnlicher Vergünstigungen, die sie dann ebenfalls nicht zu gewahren brauchen. Die Herren sind ganz pffiffig und verstehen nicht schlecht zu rechnen. Freilich müssen sie dumme Mühlenarbeiter finden, die ihnen auf den Leim gehen, sonst hat die schöne Rechnung trotz alledem ein Loch!

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Die freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften (Lokalisten) hatte ihren 10. Kongress vom 16. bis 18. Mai in Magdeburg. In der Begrüßungsansprache meinte der Vorsitzende der Geschäftskommission, Fritz Kater, daß Erfolge, soweit es auf Zahlen ankomme, ebenso wenig in der nächsten Zeit zu erwarten seien wie ein Einfluß auf das Unternehmertum. Am 1. Januar d. J. zählten die Lokalisten in 147 Ortsvereinen 7133 Mitglieder, gegen 6445 Mitglieder in 140 Ortsvereinen am 1. Januar 1911. Im Bericht der Geschäftskommission erklärte dann Kater, daß die Agitation nicht habe in dem gewünschten Maße betrieben werden können, weil es nicht nur an Mitteln, sondern auch an Zeit und an genügend agitatorisch befähigten Rednern gefehlt habe. In manchen Orten habe die Agitation gelitten infolge der unangenehmen Eigenschaft der leitenden Personen, in ihrem Reiche König sein zu wollen und niemand neben sich dulden zu können. Von der Mühlenarbeiterorganisation sei z. B. nicht ein Mitglied mehr vorhanden; man habe sie direkt kaputt agitiert. Von dem vergeblichen Versuch, auch unter die Brauereiarbeiter Berlins noch mehr Zerspaltung hineinzutragen, als gegenwärtig schon vorhanden ist, hat Kater scheinbar nichts erwähnt. Die „Einigkeit“, das Blatt der Lokalisten, erforderte einen beträchtlichen Zuschuß. Der Kassierer klagte über die Nachlässigkeit zahlreicher Ortsvereine hinsichtlich der Erfüllung ihrer finanziellen Verpflichtungen sowie über den in letzter Zeit eingetretenen Rückgang des Abonnentenstandes. Ein trostloses Bild.

Literarisches.

Im Verlag von J. S. W. Dieck Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Die Arbeit der Muskeln. Von Dr. A. Lippich. Mit Abbildungen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Muskeln unseres Körpers und ihr Bau. — Die Verkürzung der Muskeln. — Muskeln und Nervensystem. — Der Stoffwechsel der Muskeln. — Die Muskelmaschine. — Die Ermüdung der Muskeln. Nr. 20 der Kleinen Bibliothek. 96 S. Preis gebunden 1 Mk., broschiert 75 Pf.

Briefkasten.

Schr.-Regensburg, 2.-Machen: Versammlungsanzeigen einen Tag zu spät eingesandt.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbandszeitung“: Berlin D. 27, Schilderstraße 6 IV, Fernsprecher: Amt Köpenick 275.

Diese Woche ist der 23. Wochenbeitrag fällig.

- Verlorene und für ungültig erklärte Mitgliedsbücher: A. Stanik, Geizer, Buchn. 21519, geb. 19. Juni 1873 zu Zabellau, eingetr. 4. Juli 1909 in Hamburg.
- Hans Webberin, Brauer, Buchn. 69975, geb. 17. Mai 1895 zu Lauenburg a. Elbe, eingetr. 1. April 1912 in Hamburg.
- Friedrich Etimming, Fahrer, Buchn. 52198, geb. 30. Mai 1889 zu Schmeßke, eingetr. 18. Juni 1911 in Brandenburg a. Havel.
- Ludwig Förster, Brauer, Buchn. 10123, geb. 28. August 1892 zu Mühlenried, eingetr. März 1911 in München.
- Otto Grimm, Buchn. 51909, geb. 16. Juli 1894 zu Stettin, eingetr. 26. Mai 1911 in Stettin.
- Karl Nahn, Buchn. 12877, geb. 11. Februar 1877 zu Bremerdiek, eingetr. 22. Juli 1910 in Stettin.
- Walter Krißall, Buchn. 12061, geb. 27. März 1893 zu Stettin, eingetr. 17. Juni 1910 in Stettin.

Vorstehende Kollegen haben Duplikate erhalten. Nur diese sind gültig.

Ausgeschloffen

wurden auf Antrag der Zahlstelle 2 über d. Fritz Paschen, Buchn. 31986; auf Antrag der Zahlstelle Kaiserz Lautern: Wolfgang Weiterer, Buchn. 44541.

Eingänge der Hauptkasse vom 28. Mai bis 2. Juni.

Dortmund 500,—; Hamburg 2,10; Hamburg 2,10; Wogen 8,—; Würzen 250,—; Liegnitz 130,—; Koburg 54,24; München 4,10; Mülhausen i. E. 2,10; Merseburg 103,—; Glauchau 65,—; Norden i. Ostf. 29,25; Nennersdorf 9,30; Niesbach 200,—; Gera 250,—; Liegnitz 6,60; Doberan 30,—; Berlin 1,— Mk.

Richtigstellung: In Nr. 20 sind die Beträge Frankfurt a. M. 2,10; Pforzheim 2,10; Meiningen 100,— und Erfurt 96,— Mk. infolge eines Druckfehlers doppelt aufgeführt.

Materialversand.

Wilhelmshaven 200 Marken a 30 Pf. Göttingen 800 Marken a 50 Pf. Mülhausen i. E. 20 Mitgliedsbücher. Glauchau 800 Marken a 50 Pf. Trier 400 Marken a 50 Pf. Eberwalde 20 Mitgliedsbücher. Mainz 10 000 Marken a 50 Pf.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Chemnitz. Vom 10. bis 22. Juni ist das Bureau nur von 5—8 Uhr nachmittags geöffnet.

Jüterburg. Alle Zuschriften sind zu senden an Herr Mielke, Ziegelstr. 6, 3 Tr.

Mannheim-Ludwigshafen. Telefonnummer ab 1. Juli 4738.

Memmingen. Versammlungen finden jeweils vormittags 10 Uhr im Lokal „Zur Sonne“ statt.

Reichenhall. Alois Koller, zuletzt in Leisendorf, wird ersucht, sein Verbandsbuch an den Vorstehenden Jas. Weisbauer, Lindenstr. 2, 2 Tr., zu senden. Zugleich wird um Kollers Adresse ersucht.

Trier. Unterstützung zahlt aus Peter Späthler im Gewerkschaftshaus, Prudenstr. 90.

Versammlungsanzeigen.

Donnerstag, den 6. Juni.

Hamburg. 8 Uhr: „Hammonia Gesellschaftshaus“, Hohe Bleichen 30.

Sonntag, den 8. Juni.

Blankenburg. 8 Uhr: „Restaurant Vorwärts“.

Bamberg. 8 Uhr: „Silberner Stern“.

Giltenburg. 8 Uhr: „Gewerkschaftshaus Tiboli“.

Flensburg. 8 1/2 Uhr: bei Nielsen, Neustadt.

Kreuzberg i. B. 8 Uhr: „Stadt Belfort“.

Kaiserlautern. 8 Uhr: „Fröhliche Palz“, Moltkestr. 16.

Liegnitz. 8 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.

Mindelheim. 8 Uhr: bei Laupheimer.

Offenburg. 8 Uhr: im „Anker“.

Obernburg. 8 Uhr: „Vereinshaus“.

Planen i. B. 8 1/2 Uhr: „Schillerpark“.

Rastatt. 8 Uhr: im „Anker“, Referent Rehholz.

Tuttlingen. 8 1/2 Uhr: Zeughausstr. 29.

Würgsburg. 8 1/2 Uhr: im „Goldenen Hahn“.

Sonntag, den 9. Juni.

Absenberg. Vereinslokal.

Amsterdam. 8 Uhr: „Café Metropoel“, Rembrandtplein. Vortrag Wynkoop.

Aßersleben. 3 Uhr: „Fürstenthor“.

Murich. 8 Uhr: bei Ribben, am Hasen.

Wellheim, Landau, Annweiler. 3 Uhr: „Einigkeit“ in Wellheim. Referent: Rehholz.

Bernburg. 8 1/2 Uhr: „Gewerkschaftshaus“, Schulstraße.

Chemnitz. Versammlung fällt aus.

Coburg. 2 1/2 Uhr: „Neue Welt“.

Cottbus. 3 Uhr: bei Brauer.

Dingolfing u. Umg. Vormittags 10 Uhr beim „Hirschenwirt“.

Essen a. Ruhr. Vormittags 10 Uhr: bei v. d. Loo, Schützenbahn.

Gerolde. 8 Uhr: „Stadtspark“.

Glogau. 3 Uhr: bei Schreyer, Taubenstr. 11.

Galle a. S. 3 1/2 Uhr: „Volkspark“.

Heilbronn. Lokal zur Rose“.

Kreuznach. 2 1/2 Uhr: bei Riegel, Pfeiffergasse.

Luzemburg. „Café van Werich“.

Mannheim-Ludwigshafen. Vormittags 9 1/2 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.

Neuhaldensleben. 3 Uhr: bei Herzog.

Osnabrück. Vormittags 11 Uhr: bei Gengst, Augustenburger Platz. Referent: Brüßling-Dortmund.

Otterode a. S. 3 Uhr: bei Dietrich.

Pforzheim. 8 Uhr: „Tiboli“. Referent: Schrems-Regensburg.

Reuslingen u. Umg. 2 Uhr: im „Pfauen“.

Rosenheim. Vormittags 10 Uhr: „Sternengarten“.

Roth. 3 Uhr: bei Rothelner.

Saarbrücken. 2 1/2 Uhr: „Gewerkschaftshaus Tiboli“. Referent: Arbeitersekretär Beder.

Züsch. 6 Uhr: „Gewerkschaftshaus“, Stromgasse 7.

Trarbach. Vormittags 10 Uhr: „Gewerkschaftshaus zur Wieje“.

Wetzlar. 3 Uhr: „Zentralhalle“.

Wuna. 4 1/2 Uhr bei Dieck, Flügelstraße.

Wasserburg. Gasthaus Salzeder.

Witten. 3 Uhr: bei Motemeyer, Ardehstraße. Bierfahrer von Wüser sind besonders eingeladen.

Zeitz. 3 Uhr: bei Rämpf, Schützenstr. 8.

Donnerstag, den 13. Juni.

Stettin. 8 Uhr: „Volkshaus“. Referent: Redakteur Schumann.

Sonntag, den 15. Juni.

Burg. 8 Uhr: Unterhagen 68.

Merseburg. 8 1/2 Uhr: „Kaiser-Wilhelms-Galle“.

Sonntag, den 16. Juni.

Mühlader. 1 Uhr: „Rühler Krug“. Referent: Schrems-Regensburg.

Montag, den 17. Juni.

Karlruhe. 8 Uhr: „Goethehalle“. Referent: Bader-Berlin.

Abrechnung für das 1. Quartal 1912

des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.

Einnahme.		
Eintrittsgelder: männliche à 50 Pf.	1514,50 M.	
" " weibliche " " " " " "	106,50 "	
Für ausgefertigte Erbschaftsbücher	87,- "	
Beiträge: männliche à 50 Pf.	10,25 "	1748,25 M.
" " weibliche " " " " " "	274308,50 M.	
" " " " " " " " " "	4417,50 "	
" " " " " " " " " "	4938,20 "	383740,20 M.
Zinsen von angelegtem Kapitalien:		
Städtische Sparkasse zu Hannover	7771,64 M.	
Dresdener Bank, Berlin	4574,80 "	
Deutsche Bank, Berlin	1888,60 "	
"Fortschritt" in Altona	1260,- "	
Aus Darlehen und Guthaben	322,67 "	1531771 M.
Sonstige Einnahmen.		
Für Abonnements auf die „Verbands-Zeitung“	420,55 M.	
" Inserate	882,20 "	
" Protokolle	420,85 "	
" Notizkalender	8450,40 "	
" Broschüren	60,20 "	
Zeitungsbände (für 1911)	208,90 "	
Guthaben, Rechtschutz und Unterstützungen zurück	1907,19 "	
Die ausgesparten Tabakarbeiter	216,70 "	
Diverse Einnahmen	82,93 "	7608,93 M.
Durch Streifenabrechnungen zurückgehalten:		
Zahlstelle Bochum	19,94 M.	
" Eisenburg	500,- "	
" Stadthagen	112,21 "	632,15 M.
Eingefandte Außenstände:		
Zahlstelle Eberswalde (für 1. Quartal 1911 nachgesandt)	12,80 M.	
" Garnitz (für 2. Quartal 1911 nachgesandt)	3,04 "	
" Guben (für 4. Quartal 1911 nachgesandt)	10,- "	
" Rempten (für 4. Quartal 1911 nachgesandt)	40,- "	
" Kreuznach (für 4. Quartal 1911 nachgesandt)	64,66 "	
" Wolfenbüttel (f. 2. Quartal 1911 nachgesandt)	15,- "	145,- M.
Summa: 309201,23 M.		

Ausgabe.		
Unterstützungen:	Krankenunterstützung	68476,60 M.
	Arbeitslosenunterstützung	22463,78 "
	Sterbegeld	7409,06 "
	An Gemahregelte	2716,40 "
	Unterstützung in Notfällen	2087,- "
	Umzugskosten	575,- "
	Rechtschutz und Gerichtslosten	8775,81 "
	Agitation und Lohnbewegungen	18098,10 "
	Streiks und Aussperrungen	28187,61 "
	Streiks und Aussperrungen Tabakarbeiter (Hauptklasse)	5000,- "
	Streiks und Aussperrungen Tabakarbeiter (Zahlstellen)	186,70 "
Verbands-Zeitung:	Für Druck der Verbands-Zeitung	8364,45 M.
	Porto für Versand der Zeitung	8992,60 "
	Redaktion, Expedition und Mitarbeiter	670,96 "
	Kreuzbänder und Material	378,15 "
	Kosten für die Zeitung „Oswiata“	77,80 "
Verwaltungslosten (persönliche):	Für Gefässer	7977,60 M.
	Für Manuskript	15,- "
	Für Versicherungsbeiträge	168,40 "
	Für Hauptvorstand, Verbands-Ausschuß und Revisionen	230,- "
	(sächliche: Für Drucksachen	2204,50 "
	Für Kontrollkarten u. Kartothek	1964,50 "
	" Kohlen und Abzugspapier	402,25 "
	" Marken, Stempel und Stiften	50,55 "
Zuden Zahlstellen:	Beiträge an die Kartelle	4116,88 M.
	Verfamnisse, Sitzungen, Porto zc.	33611,64 "
	An Prozenten zurückgehalten	11327,78 "
Sonstige Ausgaben:	Vorschuß an die Bezirksleiter	23472,14 M.
	An die Generalkommission	1802,30 "
	Unkosten an Banken	5,50 "
	An Beiträgen zurückgestellt	18,- "
	Unkosten bezügl. Restbuchkonto	54,51 "
	Für Bureauumiete (1. Quartal)	860,- "
	" Telefongebühren, Licht, Bureaureinigung	689,01 "
	Außenstände der Hauptklasse	873,11 "
	Für Porto	458,59 "
Summa 251106,07 M.		

Bilanz.

Einnahme	309201,23 M.
Ausgabe	251106,07 "
Ergibt eine Mehreinnahme von	58095,16 M.
Hierzu den Bestand vom 4. Quartal 1911	1166337,19 "
Bestand in der Hauptklasse am 31. März 1912	1224432,35 M.
Bestände in den Bezirksklassen am 31. März 1912	3195,69 "
Vermögensbestand des Verbandes am 31. März 1912	1227628,04 M.

Berlin, den 1. Juni 1912.

Der Verbandsvorsitzende:
M. F e l l

Der Hauptkassierer:
F. K a g e r l

Revidiert und richtig befunden:

Die Revisoren:

Ludwig H o b a p p

Richard K u a p p e

W. N ö t h i g

Die Zahl der Mitglieder betrug am Schlusse des 1. Quartals 48916 (darunter 1328 weibliche) gegen 47654 Mitglieder am Schlusse des 4. Quartals 1911. Es ergibt dieses eine Zunahme von 1262 Mitgliedern.

Rachinf.
Am 28. Mai verstarb nach langer, schwerer Krankheit unser Kollege
Franz Brück.

Es werden sein Andenken in Ehren halten
Die Verbandskollegen der Zahlstelle Schönbeck a. G.

Rachinf.
Plötzlich starb unser Kollege
Franz Dohrn

im Alter von 39 Jahren. Ehre seinem Andenken.
Zahlstelle Hamburg.

Unsern Kollegen **Mag. Bauer** nebst Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Die organisierten Kollegen der Herzoglichen Brauerei, Paderborn.

Unsern Kollegen **August Zuhle** nebst Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die organisierten Kollegen der Brauerei, Altona.

Unsern Kollegen, dem **W. Schmitt** nebst Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die organisierten Kollegen der Brauerei, Halle.

Unsern Verbandskollegen und **Rechnungsman** **Herrn Müller** nebst Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Verbandskollegen der Brauerei, Danzig.

Unsern Kollegen **Bierfabrik Johannes Kaiser** und Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen der Zahlstelle **Zwickau.**

Unsern Verbandskollegen **Otto Bendorf** nebst Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Verbandskollegen der **Dampfbrauerei Zwickau.**

Hans Schultes früher in **Hohenhausen** bei **Prien**, zuletzt in der **Kaffeebrauerei** in **Altona**. Im besten **Abreise** bittet **Anton Zapf**, **Riegel b. Freiburg i. S.**

Brauereiarbeiter suche an jed. Ort, welche Vertretung hochleg. Artikel bei hoch. Vergüt. übern. Auskunft kostenl. **Herrn Wolf, Zwickau, Sachl., Nordstr. 30.**

Erstes größtes Spezialgeschäft **Dortmunds.**

Wasserdichte Holzschuhe in Prima Rindleder.

Verlangen Sie gest. Preisliste. **Geschw. Berg, Dortmund, Westenhellweg 110.**

Kleiderfabrik und Weberei E. Fritsche, Niederderwitz i. Sa.

ber. franco zu konf. fertigen. Preisen die besten Werttagshoi. d. Zeit. **Geht** sowie **Schwarz, Dreidrahtlederboje** 15 M., 11 L. 50 M., 11 L. 50 M., sowie **Et** enste **Samt** mauchener **Soien**. Musterkatalog franco. Vertretung sehr lohnend.

Unsern Kollegen, dem **Geiz Joseph Jankwert** nebst Frau zur Vermählung nachträglich die besten Glückwünsche.
Das Personal der Genossenschaftsbrauerei schleißlicher Gattin, Waldenburg.

Ehreneklärung.
Die den Brauereiarbeitern hiesiger Zahlstelle (Nelzen) gemachte Beladung am Tage des Ausstandes nehme ich hiermit zurück und erkläre, daß es anständige und rechthaffene Leute sind.
Friedr. Dieker, Lagerist, Nelzen.



Brauer-Holzschuhe
Nur allerbeste, seit Jahren bewährte Qualitäten. Verlangen Sie meine neueste Preisliste.
Joh. Harders, Altona a. G. b. Adolfstr. 28. Holzschuhlager u. Pantoffelfabrik.

Fax



ist mein neuestes Modell 1912
ist gegen Nachahmung patentamtlich geschützt
ist der vollendetste Brauerschuh der Gegenwart
ist den anderen Modellen überlegen durch:

1. Das Hinterstück ist durch eine Verstärkung mit dem Vorderblatt fest verbunden und dreifach genietet. Das Ansehen der Nähte sowie das Eindringen von Wasser ist unmöglich. Patentamtlich geschützt durch D. R. G. M.
 2. Die Stoßklappe bedeckt die Spitze der Holzsohle vollständig; sicherster Schutz gegen Springen der Sohlen.
- Modell 1912 Fax, wie Abbildung, per Paar 3,80 Mark
Mit Leder bezogen, Eisen und Nägel " " 4,80 "
Mit feithieriges neues Modell " " 3,60 "
- Von 2 Paar an 1/2 franco.
Neue Preisliste gratis.

Georg Herr, Holzschuhfabrik, Frankfurt a. M. Gegründet 1851
Gelnhäusergasse 5.

Stoffe
direkt an Private zu Anzügen, Paletots, Damenkostümen. Stets das Neueste in prachvoller Auswahl. Durch enorme Preisunterschiede grosse Ersparnisse! Machen Sie einen Versuch. Ich sende Muster sofort kostenlos ohne Kaufzwang!

Tuchausstellung
Emil Kohlfeldt, Dresden 6.

G. BAUER DRESDEN